

Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik (1923–1939)

von Vytautas Žalys

Das Territorium, das die Litauer Klaipėdos kraštas nennen und die Deutschen Memelland, entspricht in seiner Größe kaum der Rolle, die es in der europäischen Geschichte spielte. Das „Memelproblem“ besaß in der Zwischenkriegszeit internationale Bedeutung, bei dessen Lösung die Interessen mehrerer Völker und Staaten aufeinanderprallten. In diesem kleinen Küstenwinkel trafen nicht nur die Aspirationen der beiden Nachbarstaaten Deutschland und Litauen aufeinander, sondern — wenn auch verschieden starkes — Interesse am Memelland zeigten auch die Entente-Staaten, Polen und Rußland (später die UdSSR). Aufgrund der damit gegebenen Konstellation befand sich Litauen in einer höchst unsicheren Lage, da alle erwähnten Länder, vielleicht mit Ausnahme der Entente, aggressive Absichten hegten. Immerhin hatte Litauen seine vitalen Interessen zu verteidigen und mußte so in Konkurrenz, ja sogar in einen offenen Kampf mit viel mächtigeren Staaten treten. Die erste Kampfunde 1923 gewann Litauen, bei der zweiten 1939 unterlag es. Die dritte Runde fand schon ohne Litauen statt, endete jedoch für das Land positiv.

1. Historiographischer Einschub

Traditionsgemäß erfreuten sich Forschungen zum Memelproblem großer Aufmerksamkeit in der litauischen Geschichtsschreibung. Schon 1932 erschien in Memel ein Werk von Rudolfas Valsonokas, das bis heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat.¹ Anlässlich des 15. Jahrestages des Anschlusses an Litauen wurde 1938 ein Almanach von Jonas Vanagaitis herausgegeben, der ein Panorama der kleinlitauischen Kulturbewegung, Biographien bekannter Persönlichkeiten Kleinlitauens sowie Erinnerungen von Teilnehmern der Ereignisse 1923 etc. enthielt.² Während des Prozesses in Kaunas (1934) wurden Dokumente von Ernst Neumann, Theodor von Saß und anderen unter dem Titel „Kaltinamasis aktas“ (Anklageschrift) veröffentlicht, die trotz der Spezifika, die solche Editionen an sich

¹ Rudolfas Valsonokas, *Klaipėdos problema* (Das Klaipėdaproblem). Klaipėda 1932.

² *Kovos keliasis* (Auf Kampfeswegen). Klaipėda 1938.

haben, eine der wichtigsten Quellen für den Beginn der nationalsozialistischen Bewegung im Memelland darstellen.³

1934 erschien des weiteren eine Monographie von Marija Urbšienė.⁴ Einige Völkerrechtsspezialisten beschäftigten sich mit dem Memelproblem der Vorkriegszeit. Hervorzuheben ist die gründliche Arbeit von Jokūbas Robinzonas, in der die Memellandkonvention und das Statut von allen Seiten untersucht werden.⁵ Vorwiegend statistische Informationen bietet der Beitrag von Vincas Vileišis.⁶

In der sowjetischen Periode schrieben hauptsächlich Historiker wie Robertas Žiugžda, Konstantinas Navickas, Petronėlė Žostautaitė und Regina Žepkaitė zur Memelfrage.⁷ Der ideologische Druck und die Dogmatisierung der sowjetischen Historiographie gestatteten den erwähnten Historikern jedoch nicht, ihr wissenschaftliches Potential voll auszuschöpfen. Ab 1988/89 wurden in Litauen die Memoiren der berühmten litauischen Diplomaten und Staatsmänner Juozas Urbšys, Petras Klimas, Edvardas Turauskas und Vincas Krėvė verlegt.⁸ Gemeinsam mit den im Exil veröffentlichten politischen Erinnerungen aus der Vorkriegszeit

³ Ernst'o Neumann'o, Theodor'o von Sass bei kitų bylą „Kaltinamasis aktas“ (Ernst Neumanns, Theodor von Sass' sowie weitere Akten „Anklageschrift“). Abschrift. Kaunas 1934.

⁴ Marija Urbšienė, Klaipėdos krašto istorijos parastėje (Am Rand der Geschichte des Memellandes). Kaunas 1934.

⁵ Jokūbas Robinzonas, Klaipėdos krašto konvencijos komentaras (Kommentar zur Memellandkonvention). Bd. 1-2, Kaunas 1934.

⁶ Vincas Vileišis, Tautiniai santykiai Mažojoje Lietuvoje ligi Didžiojo karo istorijos ir statistikos šviesoje (Die nationalen Verhältnisse in Kleinlitauen bis zum Weltkrieg im Spiegel der Geschichte und Statistik). Kaunas 1935.

⁷ Robertas Žiugžda, Po diplomatijos skraiste. Klaipėdos kraštas imperialistinių valstybių planuose 1919–1924 m. (Unter dem Mantel der Diplomatie. Das Memelland in den Plänen der imperialistischen Staaten 1919–1924). Vilnius 1973; ders., Lithuania and the Western Powers 1917–1940. Vilnius 1987; ders., Vokietijos ir Lietuvos santykiai 1919–1940 (Die deutsch-litauischen Beziehungen 1919–1940). Vilnius 1981; Konstantinas Navickas, TSRS vaidmuo ginant Lietuvą nuo imperialistinės agresijos 1920–1940 m. (Die Rolle der UdSSR bei der Verteidigung Litauens vor der imperialistischen Aggression 1920–1940). Vilnius 1966; Petronėlė Žostautaitė, Klaipėda — Lietuvos uostas (Klaipėda — Der Hafen Litauens). Vilnius 1990; dies., Klaipėdos kraštas 1923–1939 m. (Das Memelland 1923–1939). Vilnius 1992; Regina Žepkaitė, Lietuva tarptautinės politikos labirintuose (1918–1922) (Litauen im Labyrinth der internationalen Politik <1918–1922>). Vilnius 1973; dies., Lietuva ir didžiosios valstybės 1918–1939 m. (Litauen und die Großmächte 1918–1939). Kaunas 1986.

⁸ Juozas Urbšys, Lietuva lemtingaisiais 1939–1940 metais (Litauens Schicksalsjahre 1939–1940). Vilnius 1988; Petras Klimas, Iš mano atsiminimų (Aus meinen Erinnerungen). Vilnius 1990; Edvardas Turauskas, Lietuvos Nepriklausomybės netenkant (Der Verlust der litauischen Unabhängigkeit). Kaunas 1990; Vincas Krėvė, Apie Klaipėdos atvadavimą (Über die Befreiung Klaipėdas), in: Bolševikų invazija ir liaudies vyriausybė (Die bolschewistische Invasion und die Volksregierung). Vilnius 1992.

zeichnen sie ein recht breites Panorama des Memelproblems in der litauischen Außenpolitik nach.⁹ Die litauische Geschichtsschreibung im Exil hebt die umfassende Arbeit von Pranas Čepėnas „Naujųjų laikų Lietuvos istorija“ (Neueste litauische Geschichte) hervor, die den Fragen der Geschichte Kleinlitauens und dem Problem Memel dennoch breite Aufmerksamkeit widmet.¹⁰ Die Memelfrage wurde auch von ausländischen Historikern, insbesondere von Polen und Deutschen bearbeitet. Leider fand Litauen in manchen dieser Arbeiten einzig als Objekt der internationalen Beziehungen Beachtung.

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf einen einzigen — den außenpolitischen — Aspekt des Problems, wobei das Hauptaugenmerk auf den Kampf Litauens um die Wiedergewinnung eines Zugangs zur Ostsee und dessen Erhalt in der Zwischenkriegszeit gelegt wird.

2. Die geopolitische Besonderheit des Territoriums zwischen Nemirseta (Nimmersatt) und der Memel sowie dessen Bedeutung

Das Territorium, das seit der Pariser Friedenskonferenz Memelgebiet genannt wurde, hatte bis 1919 keine eigene Verwaltung, obwohl es immer eine geographische Einheit bildete, deren Bedeutung von verschiedenen Fakten abhing. Eine beständige geopolitische Konstante konnte es nur für Litauen haben. Da aber im Großfürstentum die „Ostorientierung“ dominierte und sich die internationale Konjunktur im Westen vergleichsweise ungünstig gestaltete, konnte der Faktor Memel (Meer) nicht ausgenutzt werden, obwohl Anstrengungen in diese Richtung unternommen wurden. Die Kontrolle über die Küste und der „Blick nach Westen“ hätten für die Entwicklung der litauischen Eigenstaatlichkeit von schicksalshafter Bedeutung sein können. Die Möglichkeit eines zweiten „autonomen“ Fensters nach Europa hätte zweifellos die litauisch-polnischen Beziehungen wesentlich beeinflusst und vielleicht auch die gesamte weitere politische und kulturelle Orientierung des litauischen Staates.

Für die Deutschen besaß das Gebiet wechselnde Bedeutung. Zwischen dem 13. und 15. Jahrhundert war es als „Korridor“ von höchster strategischer Wichtigkeit, um die Ostpolitik des Ordens abzusichern. Als die

⁹ Stasys Raštikis, *Kario atsiminimai* (Erinnerungen eines Soldaten). Bd. 1, Los Angeles 1956; M. Anysas, *Kova dėl Klaipėdos. Atsiminimai 1927–1939* (Der Kampf um Klaipėda. Erinnerungen 1927–1939). Chicago 1978.

¹⁰ Pranas Čepėnas, *Naujųjų laikų Lietuvos istorija* (Neueste litauische Geschichte). Bd. 2, Chicago 1986.

Litauer diesen „Korridor“ in der Höhe von Polangen durchbrachen und im Kampf um Schemaiten siegten, verringerte sich der Einfluß der Deutschen. Seit dem 16. Jahrhundert wandelte sich die politische Situation am Ostufer der Ostsee. Andere Länder wie Rußland, Polen oder Schweden zeigten jedoch nur sporadisches Interesse.

Seit dem Frieden vom Melnosee stellte das Territorium einen eigenartigen „Appendix“ dar, der nach geopolitischer Logik früher oder später „herausoperiert“ werden mußte. Aus diesen Gründen bestimmten strategische Faktoren das Geschick der Region. Deutschland betrachtete das Gebiet im Hinblick auf einen eventuellen Krieg mit Rußland als potentielle Beute des Feindes. Andererseits war auch Königsberg nicht an einem nahegelegenen wirtschaftlichen Konkurrenten zum eigenen Hafen interessiert. Diese Fakten bestimmten die Abgeschiedenheit und Zurückgebliebenheit des Landstriches und berechtigten voll und ganz zu der Bezeichnung „ostpreußische Achselhöhle“. Die geringe Einschätzung des Wertes aus deutscher Sicht bezeugt auch die Tatsache, daß Bismarck unter bestimmten Bedingungen ein Abtreten der Region an Rußland vorgeschlagen hatte.¹¹

Rußland betrachtete das Gebiet zwischen Nimmersatt und Memel als potentiellen Vorposten des Feindes mit einem bedeutenden strategischen Element: dem eisfreien Hafen. So sah man in St. Petersburg die Gegend als mögliches Schlachtfeld bei einem Krieg mit Deutschland. Rußlands permanentes Ziel war, das Gebiet zu isolieren, den Hafen möglichst klein zu halten und nicht zuzulassen, daß das Land als Aufmarschplatz für einen Angriff gegen Rußland genutzt werde.

Aus litauischer Sicht jedoch eröffnete das Gebiet umfassende Perspektiven; die historische Frage der litauischen Ost-West-Orientierung konnte gelöst werden und Litauen sich nach Westen wenden. Litauische Passivität andererseits hätte dazu geführt, daß Litauen noch jahrhundertlang in der Einflußsphäre des Ostens geblieben wäre.

3. Das Memelproblem in den neuzeitlichen politischen Zielsetzungen Litauens

Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts tauchte das Memelproblem in den politischen Zielen Litauens auf, als es um die Idee ging, Groß- und

¹¹ M. Šlaža, Klaipėdos krašto reikšmė Lietuvos valstybei (Die Bedeutung des Memellandes für den litauischen Staat), in: Naujoji Romuva Nr. 108 vom 22. Januar 1933, S. 77.

Kleinlitauen zu verbinden. Die Bewegung der nationalen Wiedergeburt, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Großlitauen entstand, bewies nicht nur große kulturelle, sondern auch politische Energie, die sich in mehrere Richtungen äußerte: dem Streben nach Autonomie (als Zwischenstufe zur Wiedererringung der Unabhängigkeit) und der Vereinigung der ethnographischen litauischen Gebiete zu einer politischen Einheit. Im Gegensatz zum ersten Ziel fand das zweite nicht überall Zustimmung.

Bei Beginn des Ersten Weltkrieges wurde klar, daß sich unabhängig davon, wer der Gewinner sein würde, die politische Landkarte Europas verändern würde. Beide Parteien, die im Osten Krieg führten, Rußland und Deutschland, hatten bezüglich Litauens ihre eigenen Zielsetzungen.

Rußland plante für den Fall des Sieges über Deutschland, seine Grenze an der Memel zu ziehen und eventuell noch einen Teil Ostpreußens auf der linken Memelseite zu beanspruchen. Dem russischen Ziel pflichtete auch der Bündnispartner Frankreich bei. Es ist interessant, daß die in den Plänen des russischen Generalstabs vorgesehene Grenze zu Deutschland durch Ostpreußen mit der Besiedlungsgrenze der Litauer in jenem Gebiet übereinstimmte.¹² Natürlich bedeutete das keinesfalls, daß Rußland dieses Territorium in Besitz nehmen wollte, um die litauischen Ländereien zu vereinigen, und noch weniger, sie zu einer selbständigen administrativen politischen Einheit zu verbinden. Rußland hielt seine territorialen Ziele am Ostufer der Ostsee nicht geheim. 1914 wurde mit Kenntnis des Außenministeriums in Moskau eine Landkarte herausgegeben, in deren Kommentaren erklärt wurde, daß Rußland Ostpreußen mit Königsberg „anschießen“ und „Ostpreußen bis zur Weichsel wieder russisches Gebiet werde“.¹³ Erklärungen des russischen Außenministers Sazonov sowie die Publikation ähnlicher Landkarten verhießen den litauischen Politikern wirkliche Hoffnung. So erhielt die Idee einer Vereinigung Groß- und Kleinlitauens eine neue Qualität. Die Integration von Memel als Hafenstadt und der übrigen ostpreußischen, von Litauern bewohnten Gebiete wurde untrennbarer Bestandteil des politischen Programms zur Wiederherstellung des litauischen Staates. Die litauischen Politiker bemühten sich, den für sie günstigen Moment zu nutzen, da ihr Streben,

¹² Predpoloženje gen. Želinskogo o buduščej granice s Germanijei (Vorschlag des Generals Želinski über die künftige Grenze zu Deutschland), in: Russisches innenpolitisches Archiv. Geheimarchiv. Op.467, D.580/625, S. 74 (die Angabe stammt aus einem unveröffentlichten Manuskript des Historikers Raimundas Lopata).

¹³ K. Rosen-Zawadski, Karta buduszej Europy (Karte des künftigen Europa), in: Studia z dziejów ZSSR i Europy Srodkowej 8 (1972), S. 141-144.

beide Volksgruppen zusammenzuführen, bis zu einem gewissen Punkt mit den Plänen der russischen Regierung übereinstimmte. Im August 1914 wurde im Namen der Wilnaer Litauer die sogenannte „Bernsteindeklaration“ verfaßt, die der Dumaabgeordnete Martynas Yčas der russischen Regierung, der obersten Heerführung und den ausländischen Gesandten in St. Petersburg überreichte. In dieser Deklaration verlieh man der Hoffnung Ausdruck, daß Rußland im Falle eines Sieges Kleinlitauen von Deutschland erhalten und es mit Großlitauen vereinigen werde.¹⁴

Yčas' Forderungen in der Duma bezüglich einer Verbindung von Klein- und Großlitauen zu einer Einheit im russischen Verband kann man als taktischen Schritt interpretieren (was er sicherlich auch war), der in der Hoffnung getan wurde, daß man später über eine litauische Autonomie reden könne. Es läßt sich anschaulich verfolgen, daß die Idee mit fortschreitender Zeit immer mehr in praktische Nähe zu rücken schien. Yčas war in dieser Angelegenheit auch 1916 aktiv, als er gemeinsam mit dem Pfarrer J.S. Vasilčikov bei Sazonov intervenierte und die russische Regierung aufforderte, sich um den Hafen von Memel zu bemühen. Sazonov versprach, die Memelfrage in das russische Kriegszielprogramm einzubeziehen.¹⁵

Durch die deutsche Besatzung mußten die litauischen Politiker mit neuen Realitäten rechnen, weswegen sie sich aus taktischen Gründen nur sehr vorsichtig über die zukünftigen Grenzen eines litauischen Staates äußerten. Die kleinlitauischen Vertreter hingegen, die bis zum Beginn der Kämpfe Deutschland sehr wohlgesonnen waren, schwiegen oder bekundeten „dem Kaiser ihre ewige Treue und Gehorsam“.¹⁶ Deswegen wurden die territorialen Forderungen häufiger im Exil erhoben, obwohl in den meisten Manifesten der Emigrantorganisationen bis 1917 auch nur über die Notwendigkeit der Vereinigung von Groß- und Kleinlitauen gesprochen wurde, ohne Memel direkt zu erwähnen.

1917 veränderte die Lage an der Front die Situation. Im August und September fanden zwei besonders wichtige litauische politische Konferenzen statt, in deren Beschlüssen die Territorialansprüche wie folgt formuliert wurden: „Litauen benötigt zu seiner freien Entfaltung (...) einen Staat in seinen ethnographischen Grenzen, der für die Entwicklung des Wirtschaftslebens die nötigen Verbesserungen bringt.“ Was bedeuteten im

¹⁴ Martynas Yčas, *Atsiminimai. Nepriklausomybės kelias* (Erinnerungen. Auf den Wegen der Unabhängigkeit). Bd. 1, Chicago 1991, S. 229; Bd. 2, Chicago 1991, S. 236.

¹⁵ Valsonokas, *Klaipėdos* (wie Anm. 1), S. 390.

¹⁶ Klimas, *Iš atsiminimų* (wie Anm. 8), S. 342.

damaligen litauischen politischen Verständnis „ethnographische Grenzen“ und „nötige wirtschaftliche Verbesserungen“? Unter anderem sollte damit klargemacht werden, daß die Litauer Kleinlitauen und einen Hafen, also Memel, für sich beanspruchten.

Die erste namentliche Forderung nach einem litauischen Hafen wurde in den Beschlüssen der litauischen Konferenz von Bern (2.-10.11.1917) festgehalten. Dennoch findet sich der Name Memel dort nicht. Das ist jedoch unschwer zu erklären, da einige Teilnehmer aus dem deutsch besetzten Litauen angereist waren und dorthin zurückkehren wollten. Aber hätte noch jemand gefragt, wo die Litauer denn einen Hafen finden wollten, hätte er nur die Zeitung „Pro Lithuania“, herausgegeben vom litauischen Informationsbüro in Lausanne, lesen zu brauchen, in deren Nummer 7 aus dem Jahre 1918 über den „litauischen Hafen Memel“ geschrieben wurde!

4. Im Vorfeld der Friedenskonferenz

Das Ende des Ersten Weltkrieges, die deutsche Niederlage, die Revolution in Rußland und die Wiederbegründung des polnischen und des litauischen Staates schufen eine völlig neue Situation in der baltischen Region sowie in ganz Europa. Gleichzeitig veränderte sich auch das litauische politische Programm. Ein Zugang zum Meer, der sich nur über Memel oder Libau realisieren ließ, wurde lebensnotwendig. Im Hinblick auf die lettische Staatsgründung entfiel die zweite Variante. Die Niederlage Deutschlands und seine „Bestrafung“ durch den Versailler Friedensvertrag eröffneten Litauen eine reale Perspektive, das nun von Ostpreußen abgetrennte Gebiet zu beherrschen.

Die litauischen Territorialansprüche waren auch der deutschen Besatzungsmacht bekannt. In den Jahren 1918–1919 kam es wegen der litauischen Aspirationen mehrmals zu ernsthaften Konflikten zwischen den Litauern und dem Generalbevollmächtigten des Reiches Zimmerle. Im Sommer 1919 schrieb Zimmerle in einem Bericht nach Berlin, daß „wegen der (litauischen) Agitation und Bekenntnisse zu dieser Frage in der litauischen Presse bei der litauischen Regierung mehrfach scharfer Protest eingelegt wurde. Die litauische Regierung hat auf diese Vorwürfe stets erklärt, daß sie die Propaganda in Preußisch-Litauen beseitigt (...) Dennoch war die litauische Politik in dieser Hinsicht nie offen. Ungeachtet der Erklärungen der litauischen Regierung sind deren Emissäre in Paris und London tätig, damit ihnen das deutsch-litauische Gebiet zurückerstattet werde (...)“.¹⁷ Deutschland gebrauchte verschiedene Mittel, so auch öko-

nomischen Druck, um Litauen von seinen Ansprüchen auf einen Teil Ostpreußens abzubringen. Als die litauische Regierung im Frühjahr 1919 in Berlin um einen Kredit bat, wurde ihr mitgeteilt, daß die Deutschen nur dazu bereit seien, wenn „die litauische Regierung erklärt, daß sie nicht beabsichtigt, deutsche Territorien, d.h. Preußisch-Litauen, anzuschließen (...) und keinen Vertrag mit Polen gegen deutsche Interessen abzuschließen“.¹⁸

Die litauische Regierung glaubte lange Zeit, daß der „Schlüssel zu Memel“ in London und Paris liege. Darum ist es nicht verwunderlich, wenn man besonders Anfang 1919 mit der Pariser Friedenskonferenz größte Hoffnungen verband, von der man sich nicht nur internationale Anerkennung, sondern auch ein umfangreiches Gebiet am linken Memelufer versprach. Die litauische Delegation trug ihre Ansichten am 24. März 1919 in einer Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz vor. In diesem Dokument wurde nicht nur das Memelland, sondern auch ein beträchtlicher Teil Ostpreußens gefordert. Litauen erhob Anspruch auf 125 000 km² mit sechs Millionen Einwohnern, davon 6 700 bis 10 000 km² ostpreußisches Territorium, in dem etwa 400 000 bis 500 000 Menschen lebten, von denen laut offiziellen Statistiken nur etwa 100 000 Litauer waren. Diese Maximalforderungen erschienen längst nicht allen als unreal. Die Delegation der Vereinigten Staaten war bereit, Litauens Ansprüche auf 132 000 km² mit 6,1 Millionen Einwohnern als gerechtfertigt anzuerkennen.¹⁹ Bezüglich der litauischen Forderungen in Ostpreußen meinten die Amerikaner, daß die litauische Grenze 15 km oder noch weiter südlich der Memel verlaufen sollte. So wären Litauen von der gesamten Fläche Kleinlitauens mit 11 400 km² etwa 4 500 km² zugefallen. Diesen Plan bewerteten die Amerikaner als Kompromißvariante, zeigten jedoch keinerlei Initiative, was seine Realisierung anging.

Zur Verwirklichung der territorialen Ansprüche bemühte sich die litauische Delegation in Paris, die „kleinlitauische Karte“ als höchsten Trumpf

¹⁷ E. Zimmerle, Memorandum „Apie Vokietojos reicho generalinio igalio Lietuvos politikos darbas nuo 1918 m. lapkričio mėn. iki 1919 m. birželio mėn.“ (Memorandum „Über die politische Arbeit des Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches für Litauen von November 1918 bis Juni 1919“), in: Lietuvos istorijos metraštis. 1974. Vilnius 1976, S. 121-125. [Bei dem Zitat handelt es sich um eine Rückübersetzung, d. Red.]

¹⁸ 1919.05.08. J. Purickio pranešimas iš Berlyno (Mitteilung von J. Purickis aus Berlin vom 8.5.1919). Lietuvos Valstybinis archyvas (Litauisches Staatsarchiv) (LVA), F. 383, Ap. 7, B. 9, S. 3.

¹⁹ D.H. Miller, My Diary of the Conference at Paris with Documents. Vol. 4., New York 1924, S. 226.

auszuspielen, und zwar um so mehr, als die litauische politische Bewegung zu jener Zeit unter dem Einfluß der Revolution in Deutschland und endlich der großlitauischen Ermahnungen ledig am linken Memelufer schon äußerst aktiv geworden war.²⁰ Am 8. April 1919 sandte der litauische Delegationsleiter Augustinas Voldemaras dem Vorsitzenden der Pariser Konferenz ein Memorandum des Nationalrates der preußischen Litauer (verfaßt am 6. Februar 1919 in Tilsit), in dem der von Litauern besiedelte Teil Ostpreußens dargestellt war (vom Südufer des Kurischen Haffs bis etwa zur Pregellinie) und die Bitte um Vereinigung des Gebietes mit Litauen ausgesprochen wurde. Am 12. April wandte sich die litauische Delegation an Marschall Foch mit dem Ansinnen, Litauen noch vor der allgemeinen Konferenzentscheidung den Unterlauf der Memel und den Hafen von Memel zur freien Verfügung zu übergeben. Am 2. Mai überreichte die litauische Delegation noch ein Kommuniqué über die mögliche litauische Grenze mit Polen und Deutschland.

Die Tätigkeit der litauischen Delegation hatte auf die Beschlüsse der Konferenz keinen großen Einfluß, da die Staaten der Entente Litauen nicht ernsthaft als staatliche Einheit betrachteten, sondern eher für eine lebensunfähige Erfindung hielten. Die für Litauen wichtigen Beschlüsse der Pariser Friedenskonferenz wurden von Kräften bestimmt, deren Zielen eine litauische Staatsgründung nicht nur zuwiderlief, sondern geradezu im Wege stand. Diese Kräfte waren Frankreich und sein Protegé Polen. Bei einer Bewertung der Tätigkeit der litauischen Delegation in Paris sollte hinsichtlich des Anschlusses von Memel sowie der kleinlitauischen Gebiete linksseitig der Memel andererseits berücksichtigt werden, daß den Territorialforderungen hauptsächlich taktische Berechnungen zugrunde lagen. Durch die Gebietsforderungen hoffte Litauen auf internationaler Ebene schneller aus der Objekt- in die Subjektrolle gelangen zu können und so die gewünschte Anerkennung der Unabhängigkeit zu erhalten.

²⁰ Am 16. November 1918 fand in Tilsit eine Versammlung von Kleinlitauern statt, die einen Nationalrat der preußischen Litauer wählten, durch den die kleinlitauische politische Bewegung nun angeführt wurde. Am 30. November veröffentlichte der Rat einen Aufruf, daß die Litauer Kleinlitauens nach dem von Präsident Wilson ausgerufenen Selbstbestimmungsrecht der Völker den Wunsch hätten, sich an Großlitauen „anzulehnen“. Am 25. April 1919 fand in Tilsit eine Versammlung des Nationalrats der preußischen Litauer statt, auf der Richtlinien für die politische Betätigung der Kleinlitauer festgelegt wurden. Dabei wurde auch die erste Vereinigung zur Verteidigung litauischer Interessen gegründet. Die gesamte Tätigkeit hatte die Vereinigung mit Litauen zum Ziel. Übrigens sollte die Arbeit nach Beginn der Friedenskonferenz auch die Territorialansprüche der litauischen Delegation in Paris unterstützen.

Es sei angemerkt, daß Litauen während der Konferenz Polens Unterstützung in der Memelfrage erwartete. Natürlich hatte Warschau eigene Überlegungen angestellt. Polen strebte die Abtrennung des Memelgebietes von Deutschland und den Anschluß an Litauen für den Fall an, daß zwischen Litauen und Polen „organische Verbindungen“ hergestellt würden; bis zur endgültigen Klärung des litauischen Status sollte das Gebiet Kondominium der Entente sein. Die Entente-Staaten hatten gegen den polnischen Vorschlag nichts einzuwenden. Jeder von ihnen war mit seinen Problemen beschäftigt: die Franzosen wollten aufgrund ihrer strategischen Interessen Polen stärken, die Engländer waren, Welch seltener Fall, bereit, die Franzosen in dieser Frage zu unterstützen, und die Amerikaner verhielten sich in der Angelegenheit völlig indifferent. Diese episodische, wenn auch für die litauischen nationalen Interessen wichtige Haltung Polens in der Memelfrage war kein Paradoxon, sondern ein bewußtes Vorgehen im Rahmen der polnischen Konzeption zur Verteidigung der eigenen Staatsinteressen. Ein Paradoxon besteht allerdings darin, daß der Friedensvertrag von Versailles in dieser Angelegenheit letzten Endes nicht Polen nützte, sondern dem im Vertrag unterbewerteten Litauen.

Der Protest der deutschen Delegation gegen die Abtrennung des Memellandes bewirkte keinen Meinungsumschwung der Entente-Staaten. Im Gegenteil provozierte er eine scharfe Antwort des Vorsitzenden der Konferenz Georges Clemenceau vom 16. Juni 1919, in der es hieß, daß die Staaten der Entente nicht der Meinung seien, daß die Abtrennung des Memellandes dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widerspreche, da dieses Gebiet „immer litauisch war. Die Tatsache, daß die Stadt Memel selbst deutsch ist, rechtfertigt in keiner Weise das Verbleiben des ganzen Gebietes unter deutscher Hoheit, insbesondere da der Memeler Hafen Litauens einziger Zugang zur See ist. Es ist bestimmt worden, daß Memel und das benachbarte Gebiet den alliierten und assoziierten Mächten überlassen wird, da die Rechtsverhältnisse der litauischen Territorien noch nicht endgültig sind“, heißt es in dem Dokument.²¹ Nach dieser Antwort

²¹ Robinzonas, Klaipėdos (wie Anm. 5), Bd. 1, S. 24. Nach Ansicht der litauischen Regierung hatte der Brief von Clemenceau, der im Namen der Entente-Staaten verfaßt war, einen großen juristischen Wert, da er eine authentische Interpretation des Art. 99 des Versailler Friedensvertrages gab. Aus ihm geht hervor, daß die Abtrennung des Memellandes von Deutschland zwei Gründe hatte: einen nationalen und einen ökonomischen (Litauens einziger Zugang zum Meer). So wurde die Abtrennung nicht allein durch das ethnische Prinzip bestimmt, denn damals herrschte noch die Überzeugung, ein Staat ohne Zugang zum Meer könne nicht existieren. Die beiden Prinzipien führten logisch zur Einbindung des Gebietes in den litauischen Staatsverband und berechtigten ihn, diese Einbindung zu fordern. So entstand das juristische

Clemenceaus auf den deutschen Protest konnten die litauischen Politiker ihr Sektglas erheben, obwohl noch ein langer und schwerer Kampf bevorstand.

5. Antanas Semtona: „Ohne *de facto* auch kein *de jure*!“

Mit der Abtrennung des Memellandes von Deutschland eröffnete sich Litauen anscheinend eine reale Perspektive für einen Zugang zum Meer. Dennoch mußten vorher zwei komplizierte Aufgaben angegangen werden: zum einen die Anerkennung der Unabhängigkeit *de jure*, zum anderen Widerstand im harten Konkurrenzkampf mit Polen, das sich, ungewiß über die Zukunft Danzigs und Frankreichs Unterstützung, vorsichtshalber noch an einem zweiten Zugang zur Ostsee interessiert zeigte. Die anti-deutschen Tendenzen in der französischen Außenpolitik und Litauens Möglichkeiten, sein angestrebtes Ziel zu verwirklichen, konterkarierten einander. Einerseits war die Abtrennung des Memellandes von Deutschland durch den Frieden von Versailles nur infolge dieser Tendenzen möglich; andererseits unterstützte und motivierte Frankreich, das Deutschland in die „Zange“ nehmen wollte, seinen neuen Bündnispartner Polen, sich an der Ostsee entlang nach Memel vorzuschieben und so Ostpreußens Einschließung zu vollenden. Der polnische Akzent der französischen Ostpolitik wirkte sich auf die internationale Situation Litauens wie auch auf das litauische Bestreben, Memel zu erhalten, sehr ungünstig aus.

Mit Blick auf die reale Lage verließen sich die litauischen Politiker nicht ausschließlich auf die Beschlüsse des Versailler Friedensvertrages und den guten Willen der Alliierten. Gleichzeitig versuchten sie, die Frage des Zugangs zum Meer auch in Berlin zu klären. Schon im Sommer 1918, als die Unabhängigkeit Litauens noch rein formell war, reiste eine Delegation der litauischen Taryba (Antanas Smetona, Juozas Purickis, Martynas Yčas sowie Konstantinas Olšauskas) zu dem damals designierten litauischen

Fundament der litauischen Territorialansprüche auf das Gebiet, wodurch gleichzeitig auch die Ansprüche einiger anderer Entente-Staaten verneint wurden. Bezüglich der juristischen Form der Einbindung des Memelgebietes in den litauischen Staatsverband waren neben den bereits erwähnten Prinzipien keine weiteren Bedingungen außer der des litauischen Status vorgegeben. Das bestätigten auch andere Dokumente. So unterstrich eine öffentliche Erklärung, die vom französischen Parlamentsabgeordneten Charles Benoist im Namen der Überprüfungscommission des Versailler Friedensvertrages am 6. August 1919 im Parlament vorgetragen wurde, daß die Entscheidung zur Memelfrage vorläufig sei und die Entente-Staaten das Gebiet als Mandat erhielten, bis die Frage bezüglich der Anerkennung Litauens geklärt sei.

König, Herzog von Urach, und traf sich bei einem Zwischenaufenthalt in Berlin mit dem deutschen Außenminister Admiral von Hinze. Bei diesem Treffen warfen die Delegationsmitglieder auch die Frage nach Memel auf. Der Reichsminister erklärte, daß er nach der Einigung über die Konventionen und andere grundlegende bilaterale Prinzipien zur Zusammenarbeit beider Staaten keine unüberwindbaren Hürden sähe, daß man Memel zum litauischen Hafen erklären könne. Er bezweifle nicht, daß man irgendeine Form des Kondominiums finden werde. Gleichzeitig gab er zu bedenken, ob es sich für Litauen überhaupt lohne, „so ein Fischerdorf auszubauen, da es doch ein leichtes sei, für den internationalen Handel die Häfen in Königsberg und Pillau, die übrigens sehr daran interessiert seien, mitzubenefitzen“. (Zitat rückübersetzt, d. Red.) Bei der Zusammenkunft mit von Urach in Freiburg warf „Mindaugas II.“ selbst die Frage nach dem Hafen von Memel auf und informierte die litauische Delegation, daß seines Wissens nach die Reichsregierung den Litauern Memel unter „bestimmten Bedingungen abtreten werde (...)“.²² Wenn man den Inhalt der Konventionen kennt, kann man sich leicht vorstellen, welchen Nutzen Litauen gehabt hätte, zu solchen Bedingungen den Hafen zu bekommen.

Auch später verbargen die litauischen Politiker im direkten Umgang mit den Vertretern Deutschlands nicht ihr Begehren bezüglich des Memellandes. In der Schlußphase der in Berlin stattfindenden Verhandlungen mit Deutschland wurde im Februar 1919 über Insterburg, Tilsit und Memel gesprochen. Sleževičius bestand darauf, daß dieses Thema ein „Erbe der preußischen Litauer ist, also auch in deren Entscheidung liegt“. Dem deutschen Außenminister Brockdorff-Rantzau gegenüber bekannte er offen: „Wir brauchen die Memel, Memel und den Zugang zum Meer. In welcher Form das geschieht, ist Angelegenheit der Konferenz (...)“.²³

Bald nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles unternahm die litauische Regierung konkrete Schritte, um ihren Anspruch auf das Memelland zu verdeutlichen. Im Herbst 1919 wurde in dem Gesetz zu den Wahlen des Gründungsseimas festgelegt, daß die preußischen Litauer (wobei nicht präzisiert wurde, ob es sich hierbei um alle Bewohner Kleinlitauens oder nur um die des Memellandes handelte) ihre Vertreter für den Seimas nach den gleichen Prinzipien wählen, auch wenn ihnen ein anderes Wahldatum zufallen könnte. Diese Festlegung des Ge-

²² Martynas Yčas, *Recenzija R. Valsonoko knygai* (Rezension von R. Valsonokas' Buch), in: *Vairas* (1932), Nr. 11, S. 252 ff. [Bei dem Zitat handelt es sich um eine Rückübersetzung, d. Red.]

²³ M. Sleževičiaus pranesimas iš Berlyno [be datos] (Mitteilung von M. Sleževičius aus Berlin [ohne Datum]). LVA, F. 923, Ap. 1, B. 40, S. 342.

setzes war prinzipieller Natur und sehr symptomatisch. Es war der erste Staatsakt Litauens, bei dem das Memelland als Teil des litauischen Staatsterritoriums behandelt wurde. Mit anderen Worten: Durch das Wahlgesetz wurde der Anschluß des Gebietes an den litauischen Staat deklariert, da an den Wahlen zum Seimas nur Bürger eines Staates teilnehmen konnten. Das Wahlgesetz wurde am 30. Oktober 1919 angenommen, also zu einer Zeit, als in völkerrechtlicher Hinsicht das Memelland nicht zu Litauen gehörte und Litauen selbst noch nicht als Subjekt internationaler Beziehungen anerkannt war. So wurde das Memelland nach konstitutionellem Recht (nicht nach Völkerrecht!) aufgrund der Verkündung dieses Gesetzes ein territorialer Bestandteil des litauischen Staates, der zeitweise besetzt war. Nach litauischem Recht bestand das Memelproblem Ende 1919 nicht mehr darin, das Gebiet zu erwerben, sondern es wiederzube-kommen.²⁴

Am 20. März 1920 kooptierte der litauische Staatsrat die Mitglieder des Nationalrates der preußischen Litauer. Während der Zeremonie geriet die Erklärung des litauischen Premierministers Ernestas Galvanauskas zu einer eigenen politischen Demonstration, als er mitteilte, daß die Teilnahme der Vertreter der Entente-Staaten an der Feierlichkeit nichts anderes bedeute als ihre Zustimmung zum Anschluß von Kleinlitauen an Großlitauen. Auch der französische Oberst Cohendet, der aus Elsaß-Lothringen stammte, begrüßte in seiner Rede „die Vereinigung der beiden Schwestern (...)“.²⁵

Man begnügte sich nicht mehr mit Erklärungen und Deklarationen. Am 8. November 1921 übergab die sozialdemokratische Fraktion der Regierung eine Interpellation bezüglich Memels. In der Antwort darauf befürwortete der litauische Außenminister Juozas Purickis den Anschluß Memels mit einem autonomen Status an Litauen. Diese Resolution hatte allerdings nur konstitutionellen Charakter und konnte daher das Problem nicht grundlegend lösen. Diese und ähnliche Handlungen besaßen eher symbolischen, aber keinen juristischen Wert. Völkerrechtlich gesehen konnten einseitige Handlungen Litauens keinerlei Recht schaffen. Dennoch wurde so die Meinung im Land wie auch außerhalb der Grenzen geformt. Gleichfalls demonstrierte man Entschlossenheit, die Memelfrage so oder so zu lösen.

Die Jahre 1920 und 1921 brachten keine Veränderung, obwohl das Problem selbst eine neue Qualität erlangte. Zu jener Zeit galten die Ostgren-

²⁴ Im „Wahlgesetz zum Seimas“ von 1922 wurden keine preußischen Litauer oder das Memelland als Staatsgebiet erwähnt.

²⁵ Klimas, Iš atsiminimų (wie Anm. 8), S. 350.

zen Litauens als wichtigstes außenpolitisches Thema, wodurch die Memelfrage etwas in den Hintergrund rückte, sich aber zugleich eine Perspektive zu ihrer Lösung auftrat. Seit März 1920 wurden die litauischen Interessen im Memelland durch eine Militärmission (später durch eine Vertretung) unter der Leitung von Hauptmann Leopoldas Dymša vertreten. Der Posten diente nicht nur der Wahrung litauischer Staatsinteressen, sondern auch der Sorge für Angelegenheiten der Litauer des Gebietes. Damit verbunden war auch eine andere, subtilere Aufgabe, nämlich die Verbreitung prolitauischer Propaganda und die Vorbereitung für den Anschluß an Litauen. Die litauische Regierung sparte dabei nicht an Geld, obwohl ihre finanziellen Möglichkeiten zu jener Zeit sehr beschränkt waren.

Die Idee des Anschlusses Memels an Litauen lag also ständig in der Luft; sie wurde im Seimas, in Regierungskreisen und in gesellschaftlichen Organisationen beraten. Die erste reale Gelegenheit zur Einnahme der Stadt ergab sich Mitte März 1920, als in Deutschland der Kapp-Putsch stattfand. Gerüchten zufolge sollten die Putschisten auch ins Memelland einmarschieren, und General Odry war bereit, Polen oder Lettland um Hilfe zu ersuchen, als einige memelländische Litauer der litauischen Regierung vorschlugen, die günstige Gelegenheit zu nutzen und Militär nach Memel zu schicken. Das litauische Außenministerium stimmte den Empfehlungen zwar nicht zu, aber dennoch wurden Vorbereitungen für einen eventuellen Einmarsch von litauischen Militäreinheiten ins Memelland getroffen.²⁶ Doch die internationale Lage zeigte sich nicht günstig für ein derartiges Vorgehen.

1922 veränderte sich die Situation. Langsam zeigten sich Konturen einer permanenten Lösung der Frage, die sehr ungünstig für Litauen waren, da Polen, durch Frankreich unterstützt, versuchte, seine Stellung in dem Gebiet zu stärken. In einer ersten Phase nutzte Polen die Unterstützung der französischen Verwaltung und das deutliche Übergewicht seines ökonomischen Potentials, um eine dominierende Position im Gebiet zu beziehen und später die *de facto*-Kontrolle in eine *de jure* umzuwandeln. Dafür waren anscheinend alle Bedingungen vorhanden: Litauen erschien zu schwach, um sich der Entwicklung entgegenzustellen (frühere Erfahrung mit Litauen, d.h. die völlige Inaktivität sämtlicher internationaler Institutionen anlässlich litauischer Territorialforderungen, stimmte Polen optimistisch), die Sowjetrussen und Deutschen hatten anscheinend genug eigene Probleme, um eine Realisierung des Planes zu behindern. In allen drei Punkten sollte sich Polen empfindlich irren.

²⁶ Žiugžda, Po (wie Anm. 7), S. 73.

Dennoch mußte vor den für Litauen schicksalshaften Ereignissen noch ein äußerst wichtiges Dilemma gelöst werden. Im Frühjahr 1922 bot Großbritannien der litauischen Außenpolitik eine eigene Lösungsvariante an. Im Gegenzug für die faktische Anerkennung, die Übergabe Memels zu „speziellen Bedingungen“ und finanzielle Unterstützung sollte Litauen auf seine Rechte an Wilna verzichten. Der Vorschlag fand Anhänger und wurde ernsthaft erwogen, wobei nach dem Grundsatz „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ verfahren wurde. Aber die politische Lage in Litauen stellte sich so dar, daß jede Regierung — welcher Couleur auch immer —, die auf Wilna verzichtet hätte, binnen Stunden gestürzt worden wäre. Sprengstoffladungen unter dem Schlafzimmerfenster von Premierminister Galvanuskas, der das Hyman-Projekt erwog, waren ein beredtes Zeichen. Und überhaupt, was bedeutete „spezielle Bedingungen“? Das litauische Außenministerium konnte sich des Gedankens nicht erwehren, daß das einem Wilnaanschluß nach Hymans Plan ähneln würde. Am 30. März 1922 beurteilte der Direktor der politischen Abteilung des litauischen Außenministeriums, Bronius Kazys Balutis, in einem Brief an den litauischen Gesandten in London, Tadas Naruševičius, die versprochene Anerkennung wie folgt: „(...) faktische Anerkennung, gleichzeitig eine Hand (Wilna) völlig abgehackt, die andere (Memel) durch spezielle Bedingungen gelähmt, hätte nicht viel reale Bedeutung (...)“²⁷ So entschied man, daß die Nachteile größer waren als die Vorteile. Der deutsche Vertreter in Kaunas, Schönberg, war über den britischen Vorschlag sehr beunruhigt und wandte sich deswegen sogar an das litauische Außenministerium. Dort wurde ihm lakonisch geantwortet: „Von solchen Tauschaktionen kann gar keine Rede sein: uns gehören beide Territorien!“²⁸ Immerhin scheint es, daß die englische Initiative und die Möglichkeit, bei der Lösung der Memelfrage ins Abseits zu geraten, Berlin zu mehr Aktivitäten bewog, was konkret bedeutete, Litauen im Entscheidungsfall mehr zu unterstützen.

In der nun entstandenen Situation mußte sich die litauische Regierung entscheiden: Entweder blieb man passiv und wartete auf die Entscheidung der Entente, die möglicherweise für Litauen ungünstig ausfiel, oder man startete eine Aktion in Memel. Zur gleichen Zeit, etwa 1922, verstärkte sich in Litauen die Tendenz, eine Unterstützung zur Lösung des Memelproblems nicht in London oder Paris zu suchen, sondern zuallererst in Berlin und eventuell in Moskau. Diese Veränderung der politischen

²⁷ LVA, F. 383, Ap. 7, B. 134, S. 113.

²⁸ 1922.04.25. V. Jurgučio pokalbio su Schönberg'u. Pro memoria (V. Jurgutis' Gespräch mit Schönberg vom 25.4.1922. Pro Memoria). LVA, F. 838, Ap. 7, B. 283, S. 57.

Orientierung bedeutete im Fall Memel, daß die litauische Regierung die zweite Alternative wählte.

Anfang 1922 wurde Hauptmann Dymša nach Kaunas zurückgerufen, und der energische Jonas Žilius nahm seinen Platz ein. Kaum hatte er sein Beglaubigungsschreiben dem französischen Statthalter Petisné am 11. Januar überreicht, als er schon in einem Bericht vom 13. Februar Kaunas empfahl, die bewaffnete Einnahme Memels vorzubereiten. Er forderte, unverzüglich konkrete Operationspläne auszuarbeiten, den Grenzwachern die entsprechende Zahl an Soldaten zur Verfügung zu stellen, etc. Seiner Meinung nach gab es für Litauen in der entstandenen Situation keinerlei Alternative zu einer solchen Aktion.²⁹ In Kaunas berücksichtigte man die Empfehlungen, erwog verschiedene Möglichkeiten, so auch die, das Memelland mit bewaffneten litauischen Kräften einzunehmen. General Silvestras Žukauskas war der Ansicht, daß bei einem Einsatz regulärer Truppen das Memelland innerhalb von 24 Stunden besetzt werden könne.³⁰

Doch die Zeit war noch nicht gekommen, um eine Aktion in dieser Weise durchzuführen, weswegen das Außenministerium den Vorschlägen von Žilius nicht zustimmte. Übrigens gab man in Kaunas immer noch einer diplomatischen Lösung den Vorzug. Es ließ sich unschwer vorstellen, daß bei einem litauischen Vorgehen in Memel Frankreich und Polen eine äußerst negative Haltung einnehmen würden. Die Frage war nur, wie weit ihr Widerstand reichen würde. Was die Haltung Großbritanniens anging, hatte die litauische Regierung Grund zu der Annahme, daß sie nicht definitiv negativ sein würde. London hatte mehrmals den litauischen Diplomaten zu verstehen gegeben, daß es keine Einwände gegen eine Übergabe Memels an Litauen habe.

Um eine eventuelle Reaktion Frankreichs und Polens bestmöglichst neutralisieren zu können, benötigte Litauen Bündnispartner. Der Blick der Regierung richtete sich auf Deutschland und Sowjetrußland. Dies waren die einzigen Staaten, die, so meinte man in Kaunas, aus ihrer eigenen Interessenlage heraus Litauen im Kampf um Memel unterstützen konnten. So drängten Franzosen und Polen quasi Litauen in die offenen Arme Moskaus und Berlins und versuchten dabei überdies (besonders Polen), Litauen einer provokanten und prosowjetischen Orientierung zu bezichtigen.

²⁹ 1922.02.13. J. Žiliaus laiškas Užsienio reikalų ministrui Vladui Jurgučui (Brief von J. Žilius an den Außenminister Vladas Jurgutis vom 13.2.1922). LVA, F. 383, Ap, 7, B. 424, S. 152 f.

³⁰ Alfred Erich Senn, Die Besetzung Memels im Januar 1923, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 10 (1965), S. 334-352.

Worauf stützte sich die Hoffnung auf die beiden Nachbarstaaten? In Kaunas glaubte man, daß Deutschland unter zwei Übeln das kleinere wählen werde und Berlin daran interessiert sei, daß eine Lösung der Memelfrage auf der litauischen Konzeption und nicht der polnischen beruhen werde. Die deutsche Einstellung spiegelte sich in der deutschen Presse schon seit 1921 wider.³¹ Geheime Konsultationen deutscher und litauischer Vertreter begannen schon im Frühjahr 1922 und fanden auf verschiedenen Ebenen statt.

Die Initiative zu Kontakten auf Staatsebene ging von deutscher Seite aus. Am 22. Februar 1922 teilte der litauische Vertreter in Deutschland, Viktoras Gailius, Kaunas mit, daß ihm halb offiziell, halb geheim mitgeteilt worden sei, die deutsche Regierung blicke mit Wohlwollen auf Litauen und würde ihm gerne das Memelland überlassen, damit Frankreich von dort vertrieben werde. Gleichzeitig gab man Gailius zu verstehen, daß Deutschland diese Haltung niemals öffentlich vertreten werde. Die Fortsetzung der Gespräche fand in Kaunas statt. Am 25. April besuchte der deutsche Gesandte in Litauen, Schönberg, Jurgutis und bekräftigte ihm gegenüber, daß die Memelfrage in der nächsten Zukunft entschieden werde. „Der Anschluß des Memellandes an Litauen wird auf deutscher Seite keinen Widerstand finden“, versicherte er. Gleichzeitig merkte der Gesandte an, daß die deutsche Regierung gerne eine Versicherung dafür hätte, daß die deutschen Kultur- und Wirtschaftsrechte im Memelland garantiert würden. Jurgutis erinnerte Schönberg daran, daß der litauische Seimas im Herbst 1921 die kulturelle und wirtschaftliche Autonomie des Memelgebietes verkündet habe, woraufhin der Gesandte erwiderte, daß die deutsche Regierung einen deutlicheren Akt wünsche. Schönberg bekräftigte, daß Berlin eher um die „kulturelle als die territoriale Autonomie besorgt sei“. Er empfahl folgende Prozedur: Deutschland würde sich mit einem speziellen Schriftstück an die litauische Regierung wenden und diese gäbe dann schriftlich eine Garantie für den autonomen Status des Memellandes.³² Jurgutis durchschaute unschwer den Sinn des Vorschlages: Berlin wollte das Problem in ein bilaterales verwandeln und beanspruchte für ein Territorium, das juristisch gar nicht mehr zum Deutschen Reich

³¹ Am 27.10.1921 schrieb die „Germania“, es gebe keinen anderen Weg als eine kantonale Unabhängigkeit des Memellandes von Litauen. Die Königsberger Allgemeine Zeitung (Nr. 449 vom 24. September 1922) war der Ansicht, daß die deutsche Regierung in Kaunas entsprechende Maßnahmen in Gang gesetzt, ihr völliges Desinteresse an Memel bekundet und den Forderungen der litauischen Regierung nach dem Gebietsanschluß beipflichtet habe, etc.

³² 1922.04.25. V. Jurgučio Pro memoria (V. Jurgutis' Pro memoria vom 25.4.1922). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 283, S. 57.

gehörte, Garantien. Damit reservierte sich Berlin das Recht, in Zukunft Litauens Handlungen im Gebiet zu bewerten. Jurgutis erklärte, daß er die Deklaration des Seimas bezüglich des Autonomiestatus für ausreichend halte. In einem Gedächtnisprotokoll, das er sofort nach dem Treffen anfertigte, schrieb Jurgutis: „Die Deutschen wollen uns in einen Kontrakt wegen des Memellandes einwickeln, aber sie haben jetzt keine Stimme über das Schicksal des Landes und werden sie auch in Zukunft nicht haben.“³³

Dennoch schätzte Jurgutis die Situation nicht völlig richtig ein. Im Herbst 1922 wurde vollkommen klar, daß Litauen nur durch entschiedenes Handeln und deutsche Unterstützung im Konkurrenzkampf mit Polen und Frankreich um das Memelland bestehen würde. So beschloß man, die Vorbereitungen für die Aktion im Landesinnern zu verstärken und den „Berliner Weg“ zu aktivieren. Auf einer geheimen Ministerratsitzung (der Seimas hatte keine Kenntnis davon) im Herbst 1922 wurde entschieden, die Organisation der Aktion Ernestas Galvanauskas zu übergeben, der als wichtigster Taktiker und Stratege des „Aufstands“ seinen Helfern (J. Žilius, J. Polovinskas-Budrys) den Weg mit einem detaillierten Plan ebnete, in dem konkrete ökonomische, politische und diplomatische Mittel vorgegeben waren. Der litauische Premierminister legte die Priorität auf diplomatische Aktivitäten. Da man das Vorgehen der Regierung bei den folgenden Ereignissen verständlicherweise nicht publik werden lassen wollte, bemühte sich Galvanauskas, die Vorkehrungen für den „Sturm auf Memel“ auf niedrigem Niveau stattfinden zu lassen. In seinen Plänen wurden für den letzten Schritt der Schützenverband und dessen Leiter auserkoren, die von Galvanauskas' Rolle keine Ahnung hatten. Diese Vorsichtsmaßnahmen wurden für den Fall eines Mißerfolges getroffen.

Die Leitung des litauischen Schützenverbandes begann voller Energie mit der Realisierung der Idee, die ihr Galvanauskas, auf welche Art und Weise auch immer, zugespült hatte. So begann eine parallele „Aufstands“-Vorbereitung. Am Vorabend der Aktion besuchten Vertreter des Schützenverbandes Berlin, wo sie der Chef der Reichswehr, von Seeckt, empfing, um zu versichern, „daß kein Deutscher auf die Litauer schießen wird“.³⁴ Gleichfalls wurden Waffen für die Aufständischen bei einem privaten deutschen Händler erworben, was gleichfalls zeigt, daß Berlin der Aktion nicht feindlich gesonnen war. Die Leitung des Schützenverbandes begann nun auch im Landesinnern mit den Vorbereitungen zum „Sturm auf Memel“. Vincas Krėvė war sich sicher, daß er selbständig handelte,

³³ Ebenda.

³⁴ Krėvė, *Apie atvadarimą* (wie Anm. 8), S. 107.

doch ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß der wirkliche Drahtzieher der Aktion, der Premierminister, während der gesamten Zeit die Fäden in der Hand hielt. Daher auch Galvanauskas' und Krévės Diskussion über die Regierung und die Rolle des Schützenverbandes beim Anschluß Memels an Litauen. Krévės Unkenntnis über Galvanauskas' Pläne und Taten zeigen sich auch in seinen Memoiren, aus denen hervorgeht, daß er die Hintergründe nicht begriffen hatte und auch Budrys' Rolle nicht richtig einschätzte.

Währenddessen war Galvanauskas weiter tätig. Seine Kontakte mit den offiziellen deutschen Vertretern waren vielversprechend; die Deutschen zeigten gegenüber den litauischen Plänen nicht nur ihr Einverständnis, sondern versprachen auch, die Memelländer zu bewegen, bei einem eventuellen Einmarsch des litauischen Militärs keinen Widerstand zu leisten. Daß die Versprechungen eingehalten wurden, beweist das Verhalten des deutschen Konsuls in Memel am Vorabend der Ereignisse und während der Aktion selbst, als er die deutsche Bevölkerung ermahnte, den Litauern keine Hindernisse in den Weg zu legen. Das Vorgehen des Konsuls verwunderte zwar die Memelländer, zeigt aber gleichzeitig, daß Berlin den politischen Absichten Litauens durchaus gewogen gegenüberstand. In seinen Memoiren beschwerte sich der ehemalige deutsche Konsul später, daß die Deutschen in Memel „auf dem Altar der deutsch-russisch-litauischen Freundschaft geopfert wurden“.³⁵ So war die Haltung Deutschlands zwar zweifellos wohlwollend, aber dennoch mußte Kaunas auch ins Kalkül ziehen, daß die internationale Position Deutschlands zu dieser Zeit zu schwach war, um etwas in konkreten Kombinationen gegen die alliierten und assoziierten Mächte bewirken zu können. Immerhin war sich Kaunas sicher, daß jede erdenkliche antifranzösische Aktion Berlins stumme Zustimmung finden würde.

Dennoch konnte Deutschlands Unterstützung allein nicht ausreichen. Bei der Suche nach einem Gegengewicht zu dem in Osteuropa dominierenden Polen fiel der Blick der litauischen Regierung natürlich auf Moskau. Die sowjetrussischen Politiker demonstrierten ihr Interesse an einer Lösung des Memelproblems nachdrücklich. Ihre innenpolitische Lage war damals nicht besonders stabil, wohl aber ausgesprochen deutschfeindlich, zudem waren sie den Entente-Staaten in keiner Weise politisch verpflichtet. Darüber hinaus war es schon damals für Kaunas kein Geheimnis, daß ein großes und starkes Polen die Antithese der sowjetischen

³⁵ John Hiden, *Security Problems between the Two World Wars*, in: *The Baltic and the Outbreak of the Second World War*. Cambridge 1992, S. 9.

Außenpolitik war. Diesen Trumpf wollten die litauischen Politiker in Moskau ausspielen.

Eine erste günstige Gelegenheit zum Gespräch mit den Sowjets ergab sich im Spätherbst 1922. Am 29. November hatte der sowjetische Außenminister Čičerin auf dem Weg nach Genf einige Stunden Aufenthalt in Kaunas. Auf dem Bahnhof entspann sich zwischen ihm und Galvanaukas, während man auf die Abfahrt des verspäteten Zuges wartete, ein bedeutungsvolles Gespräch. Der litauische Premierminister verbarg seine Absichten nicht. Nachdem er seine Beschwerden über die nicht eingelösten Versprechen der Entente-Staaten vorgetragen hatte, erklärte er ohne Umschweife, daß Litauen beschlossen habe, das Memelland einzunehmen. Auf seine Frage, wie sich die Sowjetrussen in diesem Falle verhalten würden, antwortete Čičerin, daß ein derartiges Vorgehen der litauischen Regierung der sowjetischen Einstellung nicht zuwiderlaufe. „Ich verstehe Litauens Lage und rate zu diesem Zug“, erklärte der sowjetische Außenminister. Darüber hinaus erinnerte er unzweideutig daran, daß Sowjetrußland Polens Bemühungen um Litauen nicht gefielen und für den Fall, daß Polen bewaffnete Aktionen gegen Litauen unternähme, Moskau kein tatenloser Zuschauer bleiben werde ... Aus der Unterredung mit Čičerin zog Galvanaukas die Schlußfolgerung, daß die Sowjetrussen nicht geneigt waren, im Abseits stehen zu bleiben, auch wenn sie noch nicht genug Kraft für „große“ Politik gesammelt hätten.³⁶

Gleich nach diesem Gespräch traf sich der litauische Premier mit dem deutschen Gesandten Olshausen. Nachdem sie die französische und polnische Politik im Memelland beraten hatten, wies Galvanaukas darauf hin, daß die litauische Regierung nicht untätig darauf warten könne, bis die Entente-Staaten eine für Litauen ungünstige Lösung fällen würden, und „fest entschlossen sei, den französischen Plänen den Weg zu durchkreuzen und das Memelland bald einzunehmen“.³⁷ Er äußerte den Wunsch, daß Berlin den Marsch auf Memel nicht als antideutsches Handeln mißverstehen möge, und bat, die Deutschen im Memelland darauf hinzuweisen, sich während der Aktion abseits zu halten.

Nachdem er Galvanaukas angehört hatte, erklärte Olshausen seinerseits, er pflichte der Haltung der litauischen Regierung bei. Nachdem er mit Berlin gesprochen hatte, informierte er am folgenden Tag den Premierminister, daß die deutsche Regierung ihre frühere Erklärung bestätige und zudem versprochen habe, die Memelländer zur Ruhe aufzurufen. Das

³⁶ Ernestas Galvanaukas, *Kova dėl Klaipėdos (Der Kampf um Klaipėda)*, in: *Draugas* vom 25. Januar 1961.

³⁷ Ebenda.

Versprechen wurde gehalten, denn die deutschstämmigen Bürger von Memel verhielten sich, wie bereits erwähnt, während der Januarereignisse neutral und bei einigen Gelegenheiten (z.B. anlässlich des Einlaufens des polnischen Kriegsschiffes „Komendant Piłsudski“ in den Hafen von Memel) sogar litauenfreundlich.

Trotz des Segens aus Berlin und Moskau für die geplante Aktion war sich die litauische Regierung vollständig im klaren, welches Risiko sie einging. Es gab keinerlei Garantien und konnte auch keine geben, daß Frankreich sich nicht entschließen würde, den *Status quo* in Memel gewaltsam wiederherzustellen, Deutschland und Sowjetrußland Litauen gegenüber den Entente-Staaten im Stich ließen oder Polen sich aufmachen würde, um „die Gerechtigkeit wiederherzustellen“. Dennoch entschloß sich die litauische Regierung zur Tat.

Die Aktion (9.-15. Januar 1923) verlief in militärischer Hinsicht ohne Probleme. Die französische Besatzungsmacht war nicht darauf vorbereitet, Memel bis zum letzten Soldaten zu verteidigen. Ihre Gegenwehr war mehr symbolisch. Deswegen gaben die „Aufständischen“ den Franzosen ihre Waffen nach kurzer Zeit zurück und nahmen ihnen dafür das Versprechen ab, daß diese nicht mehr auf sie gerichtet würden.

Die litauische Regierung gab einige Zeit vor, nichts mit den „Aufständischen“ zu tun zu haben. Galvanaukas bot sich sogar an zu verhandeln. Dennoch war es unmöglich, die Teilnahme von litauischen Freiwilligen am Einmarsch zu verheimlichen. In der Öffentlichkeit dementierte die Regierung eine Teilhaberschaft an der Aktion und verfuhr, als handle es sich um einen *fait accompli*. Die Führer des „Aufstands“ betonten ständig, daß es im Land ruhig sei, Ordnung herrsche und niemand die Autorität der Entente-Staaten verletzen wolle etc. In Kaunas herrschte die Meinung vor, unter diesen Umständen werde niemand mit Kanonen auf Spatzen schießen.

Wie erwartet, reagierte die französische Regierung, die zudem äußerst stark durch die Ruhrbesetzung in Anspruch genommen war, mit einem entschiedenen Protest. Der erste Sturm ging auf den litauischen Gesandten in Paris, Oskaras Milašius, nieder, der am Quai d'Orsay freimütig bekannte, daß er nichts wüßte. Milašius sprach die Wahrheit, denn keiner der litauischen Gesandten im Ausland war vorher von den Regierungsplänen bezüglich Memels in Kenntnis gesetzt worden. Der litauische Gesandte mußte unangenehme Augenblicke durchleben, denn G. Laroche drohte völlig außer sich, Memel „von der Erdoberfläche verschwinden zu lassen und die Aufständischen ins Meer zu werfen“.³⁸ Gleichsam als

³⁸ Draūgas vom 28. Januar 1961.

Bekräftigung dieser Drohungen liefen drei französische Kriegsschiffe in den Hafen von Memel ein.

Die französische Presse äußerte sich ebenfalls sehr scharf über Litauen, nannte die Litauer „pangermanische Korporale“ und beschuldigte die litauische Regierung der „totalen Germanophilie“. Marija Urbšienė konstatierte nach der Analyse der französischen Presse vom Januar und Februar 1923, daß man offensichtlich Deutschland und Sowjetrußland für die wirklichen Initiatoren des „Aufstands“ hielt.³⁹

Zur selben Zeit bemühte sich die litauische Presse, keinerlei Angriffe gegen die Entente-Staaten zu drucken. Die eigene Politik verteidigte sich recht einfallreich. Als Poincaré dem litauischen Premier den Gebrauch unstatthafter Maßnahmen vorwarf, bemerkte jener bescheiden, daß Litauen in Memel nur die französische Erfahrung mit Elsaß-Lothringen genutzt habe.⁴⁰

In den ersten Tagen nach der Einnahme Memels war die polnische Presse gleichfalls äußerst kriegerisch gestimmt. Man erwog die Möglichkeit einer militärischen Intervention ernsthaft. Wie zur Bestätigung der Warschauer Entschlossenheit, „den Emporkömmling zu bestrafen“, lief am 16. Januar das polnische Kriegsschiff „Komendant Piłsudski“ in den Hafen von Memel ein. Das Erscheinen des polnischen Adlers am Horizont der Stadt erboste nicht nur die Litauer, sondern auch die Deutschen. „Besser bei den Litauern als bei den Polen“, sagten die Deutschen von Memel.⁴¹ Die „Komendant Piłsudski“ mußte, um ernsthafte Komplikationen zu vermeiden, den Hafen schnell wieder verlassen.

In Kaunas blieb nicht unbemerkt, daß sich die polnischen offiziellen Kreise ganz im Gegensatz zur Presse recht gemäßigt verhielten. Schon am 16. Januar erklärte die polnische Regierung nur ihren Protest, und am 25. Januar nahm der polnische Sejm eine bescheidene Resolution an, die der Regierung empfahl, zu „fordern“, daß der vorherige Zustand wiederhergestellt und Polens Interessen im Hafen von Memel gesichert würden. Was bewirkte Polens Zurückhaltung?

Die polnische Mäßigung wurde nicht so sehr von der Furcht vor einer eventuellen sowjetischen Militäraktion bestimmt — in Kaunas lagen Angaben vor, daß die Sowjetrussen Truppen im Minsker Raum konzentrierten⁴² — als von dem Wunsch, den sowjetischen Politikern keinen

³⁹ Urbšienė, Klaipėdos (wie Anm. 4), S. 36 ff.

⁴⁰ Galvanuskas, Kova (wie Anm. 36).

⁴¹ Lietuvos atstovybės Klaipėdos krašte pranešimas į URM [be datos] (Bericht der litauischen Vertretung im Memelland an das Außenministerium [ohne Datum]). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 378, S. 188.

⁴² Valsonokas, Klaipėdos (wie Anm. 1), S. 104; Galvanuskas, Kova (wie Anm. 36).

Anlaß zu geben, sich in die europäische Politik einzumischen. Mit der Verschiebung des Problems auf diplomatische Ebene glaubte die polnische Regierung, gleich zwei Erfolge auf einen Schlag erzielen zu können: sie wollte den sowjetischen Einfluß in der Memelfrage lähmen und später mit Unterstützung der Entente-Staaten Litauen an den Verhandlungstisch bringen. Der erste Teil des Planes ging vollständig auf. Als sich bald darauf herausstellte, daß der Streit zwischen Litauen und den Entente-Staaten auf besonderem diplomatischen Weg entschärft werden sollte, hatte die Sowjetunion faktisch keine Möglichkeiten mehr, sich in die Lösungsversuche einzumischen. So wurde dem russischen Faktor schon zu Handlungsbeginn Einhalt geboten.

Das Ausgrenzen der Sowjetunion lag unter den komplizierten Umständen nicht im Interesse Litauens, besonders als sich herausstellte, daß auch Deutschland Schritt für Schritt ins Lager der Widersacher wechselte. Dieses Verhalten kam nicht unerwartet und folgte einer inneren Logik. Nachdem man zufrieden war, daß Frankreich eine schallende Ohrfeige erhalten hatte, und sicher war, daß Polens Einfluß im Memelgebiet seine Grenzen gefunden hatte, begann man sich in Berlin zu sorgen, ob dem Gebiet denn tatsächlich weitreichende Autonomierechte innerhalb des litauischen Staates zugesprochen würden. Unter diesem Blickwinkel trafen sich die Interessen der Entente-Staaten und Deutschlands. So verlor Litauen beide Bündnispartner und blieb allein in einem ungleichen diplomatischen Kampf, von dessen Ausgang weitaus mehr abhing als ein Zugang zum Meer.

Polen hegte noch weitergehende Absichten, als es die Angelegenheit auf die diplomatische Ebene beförderte. In Warschau dachte man, daß nun eine günstige Situation entstanden sei, Litauen zu zwingen, den *Status quo* in Wilna anzuerkennen. Darum wurde der „Wilnaer Trumpf“ auch besonders aktiv gespielt. Die polnische Regierung begann bereits, das Terrain für eine eventuelle estnische Vermittlung zwischen beiden Staaten zu sondieren. Als Verhandlungsgrundlage sah man vor, die Litauer in Memel zu unterstützen, wenn sie sich dafür von Wilna trennen würden. Die Warschauer Pläne wurden auch von Paris unterstützt.⁴³ Am 20. Januar wurde Oskaras Milašius am Quai d'Orsay mitgeteilt, daß „Wilna für Litauen endgültig verloren ist, denn nach dem Anschlag auf Memel, wird die Wilnafrage nicht mehr revidiert werden“.⁴⁴ Daß man Memel als Kompensa-

⁴³ 1923.02.02. Lietuvos atstovo Taline V. Gailiaus telegrama į URM (Telegramm des litauischen Gesandten in Tallinn V. Gailius an das Außenministerium vom 2.2.1923). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 378, S. 86.

⁴⁴ Ebenda, S. 128-132.

tion für Wilna zu betrachten begann, zeigten auch weitere, dem litauischen Außenministerium aus Rom und London vorliegende Informationen. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923 zur Wilnafrage belegt, daß es keinen Grund mehr zur Ängstlichkeit gab.

Ende Januar/Anfang Februar 1923 erreichte der diplomatische Kampf um Memel seinen Höhepunkt. Sogar die Sowjetunion, die aus der Angelegenheit eigentlich bereits ausgeschlossen war, führte beharrlich den „Notenkrieg“ mit den Entente-Staaten weiter. Am 27. Januar, dem Tag, an dem das Ultimatum der Entente-Staaten an die „Aufständischen“ abließ, erreichte die litauische Regierung eine Nachricht aus Moskau, in der die sowjetischen Politiker „ihr Mitgefühl im Kampf der Memeler um ihre Rechte und ihren Willen zum Anschluß an Litauen ausdrück(t)en“.⁴⁵ Nach einigen Tagen, am 31. Januar, informierte Galvanauskas den litauischen Vertreter in Memel, daß „die Russen sehr daran interessiert sind, daß das Memelland an Litauen fällt“.⁴⁶ Dennoch hatte auch die andere Seite sowjetische „Unterstützung“, mit der man gleichfalls rechnen mußte. Die sowjetische Hilfe für Litauen kompromittierte das Land nämlich in den Augen der Entente-Staaten, weswegen sich Litauen bemühte, die Verbindungen zur Moskauer Regierung nicht allzu bekannt werden zu lassen. Trotzdem verstärkte sich im weiteren Verlauf der Entwicklung (beispielsweise bei der Beantwortung des Ultimatums durch die Leitung der „Aufständischen“) der französische Verdacht über den „sowjetischen Schatten“ in Memel, der durch manche Schritte sowjetrussischer Diplomaten noch vergrößert wurde. Übrigens hatten die sowjetischen Proteste vom Januar und Februar (wie die Note an die Entente-Staaten vom 22. Februar) den Eindruck hinterlassen, daß ein geheimes Übereinkommen mit Deutschland und Litauen existiere.⁴⁷ Offensichtlich handelte es sich dabei um eine bewußte Taktik. Andererseits ließen die Ratschläge des Auswärtigen Amtes an den litauischen Gesandten in Berlin, sich auf die Sowjetunion und Deutschland zu berufen, die Schlußfolgerung zu, daß sich Sowjetrussen und Deutsche⁴⁸ schon untereinander bezüglich Memels beraten hätten.

⁴⁵ 1923.01.27. A. Smetonos ir E. Galvanausko pasikalbėjimas telegrafu (Telefongespräch zwischen A. Smetona und E. Galvanauskas vom 27.1.1923). Ebenda, S. 75 f.

⁴⁶ 1923.01.31. A. Smetonos ir E. Galvanausko pasikalbėjimas telegrafu (Telefongespräch zwischen A. Smetona und E. Galvanauskas vom 31.1.1923). Ebenda, B. 427, S. 54 f.

⁴⁷ 1923.02.24. O. Milašiaus pranešimas į URM (Bericht von O. Milašius an das Außenministerium vom 24.02.1923). Ebenda, B. 421, S. 173.

⁴⁸ 1923.02.20. V. Sidzikausko pranešimas E. Galvanauskui (Bericht von V. Sidzikauskas an E. Galvanauskas vom 20.2.1923). Ebenda, B. 375, S. 159.

Auch die Politik der Entente-Staaten war diesmal nicht sehr einheitlich, was Litauens Lage erleichterte. Im Gegensatz zu Frankreich dramatisierten Großbritannien und Italien die Lage nicht. In London und Rom war man mehr auf Sicherung des Prestiges bedacht. Nach einem Gespräch mit Benito Mussolini und anderen hochrangigen italienischen Politikern bot sich dem litauischen Gesandten in Rom, Jurgis Šaulys, folgende Position dar: „Italiens Haltung bezüglich Memel ist uns gegenüber in jeder Hinsicht voller Sympathie und Gewogenheit“; alle Bemühungen der italienischen Regierung gingen dahin, „die Angelegenheit ohne große Komplikationen zu beenden und Memel (...) so schnell wie möglich Litauen zuzuerkennen“.⁴⁹ Nach Mussolinis Angaben weigerte sich Italien, Litauen ein scharfes Ultimatum zu übergeben. Der italienische Vertreter in Memel erhielt am 3. Februar 1923 ein Telegramm, in dem er angewiesen wurde, einen Kompromiß mit Antanas Smetona zu suchen. Durch Šaulys übergaben die Italiener sogar ihren Kompromißvorschlag nach Kaunas, den Galvanauskas entgegennahm.⁵⁰ Dennoch kündigte Šaulys auch an, daß sich Italien einem eventuellen Tausch Memel — Wilna nicht verweigern werde.

Es bestehen verschiedene Versionen über das diplomatische Spiel hinter den Kulissen während des Memelland-Anschlusses, doch die Kräfteverteilung zur Zeit der Ereignisse war zweifellos wie folgt: Litauen wurde von Deutschland und Sowjetrußland unterstützt, Frankreich und Polen opponierten. Die deutsche Zustimmung für den litauischen Einmarsch ist sogar dokumentarisch nachzuweisen. Der ehemalige litauische Premier Augustinas Voldemaras war ebenfalls der Meinung, daß Litauen das Memelland „nur durch Deutschlands Güte erhielt“: „Ironie des Schicksals! Dank Deutschlands erhielt Litauen das Memelland!“, schrieb er in seinem Buch „Litauen und seine Probleme“.⁵¹

Bei der Analyse fremder Einflüsse zur Entscheidung der Memelfrage 1923 sollte auch an das Genfer Gespräch zwischen Austen Chamberlain und Gustav Stresemann über den litauischen Putsch vom 17.12.1926 erinnert werden. Der englische Premier erhielt aus diesem Anlaß zwei Telegramme: das eine aus Warschau, das andere aus Berlin. Im ersten wurde mitgeteilt, in Litauen habe ein Putsch stattgefunden, um gegen die Deutschen aufzuhetzen, im zweiten, daß der Umsturz von Polen organisiert

⁴⁹ 1923.02.03. J. Šaulio pranešimas iš Romos E. Galvanauskui (Bericht von J. Šaulys aus Rom an E. Galvanauskas vom 3.2.1923). Ebenda, B. 378, S. 87 f.

⁵⁰ 1923.02.04. J. Šaulio pranešimas iš Romos E. Galvanauskui (Bericht von J. Šaulys aus Rom an E. Galvanauskas vom 4.2.1923). Ebenda, S. 89 f.; 1923.02.05. E. Galvanausko telegrama J. Šauliui (Telegramm von E. Galvanauskas an J. Šaulys vom 5.2.1923). Ebenda, S. 76.

⁵¹ Augustinas Voldemaras, Raštai (Schriften). Chicago 1983, S. 264.

worden sei. Schließlich erfuhr Chamberlain, daß Čičerin ihn persönlich für den Urheber des Putsches halte.⁵² Ähnlich war es auch im Januar 1923. Alle Reden über die verschiedenen diplomatischen Winkelzüge beim Anschluß des Memelgebietes an Litauen pflegen in der Regel einen ins Auge springenden Fakt zu ignorieren: die litauischen Staats- und Volksinteressen sowie die Mündigkeit, diese Interessen zu verteidigen.

Am 17. Februar beschloß die Botschafterkonferenz, die Souveränität über das Memelland Litauen zu übertragen, wodurch der Anschluß legalisiert wurde. In den weiteren Verhandlungen mit den von der Botschafterkonferenz (Laroche) und dem Völkerbund (Davis) eingesetzten Kommissionen wurde nicht mehr über das Prinzip der Autonomie, sondern über deren Inhalt verhandelt. Mit der Kommission der Botschafterkonferenz konnten die Litauer keine Einigung erzielen, da deren Vorsitzender Laroche geneigt war, den Polen überaus große Erleichterungen und Privilegien im Hafen von Memel zu gewähren, was Litauen als Verletzung seiner Souveränität ansah und als nicht annehmbar zurückwies. Bedeutend konstruktiver verliefen die Verhandlungen mit der Kommission des Völkerbundes unter Vorsitz von Davis, deren Mitglieder sämtlich aus Vertretern neutraler Staaten bestanden. Die komplizierte Auseinandersetzung endete im Mai 1924 mit der Unterzeichnung der Memelkonvention und des Memelstatuts. Dies war ein großer Sieg für die Außenpolitik der jungen Republik. „Die jungen Diplomaten hatten die ‚diplomatischen Füchse‘ besiegt“, schrieb im Stolz über die Resultate des diplomatischen Zweikampfes zwischen den Entente-Staaten und Litauen ein Teilnehmer, der damalige stellvertretende Außenminister Petras Klimas, in seinen Memoiren.⁵³

So wurde die erste Runde, die Gebietsübernahme aus den Händen der Entente, gewonnen. Die Unterzeichnung der Konvention und des Statuts beseitigte formal das Memelproblem als internationales Streitobjekt, genauer gesagt: transponierte es auf eine andere Ebene, nämlich die der Interpretation des Statuts, was aber nicht mehr Litauens Souveränität in dem Territorium in Frage stellte. Übrigens glaubte die litauische Regierung nicht an eine endgültige Regelung, solange die Memelfrage nicht im Kontext der deutsch-litauischen Beziehungen geregelt war. Die Grenze mit Deutschland mußte durch ein bilaterales Abkommen festgelegt werden, völlig unabhängig vom Versailler Vertrag. Nach langen und äußerst schwierigen Verhandlungen wurde auch am 29. Januar 1928 in Berlin ein

⁵² Gustav Stresemann, *Les papiers de Stresemann*. Vol. 3, o.O. o.J., S. 83.

⁵³ Klimas, *Iš atsiminimų* (wie Anm. 8), S. 36.

Vertrag über die beiderseitigen Staatsgrenzen unterzeichnet, in dem Deutschland Litauen das Memelland zuerkannte. Das Abkommen wurde am 24. April 1929 ratifiziert und am 13. Mai gleichen Jahres beim Völkerbund registriert. Leider erfüllten sich Litauens Hoffnungen, daß die Angelegenheit Memel künftig in das Ressort des Innenministeriums falle und nicht mehr vom Außenministerium behandelt werden müsse, nicht. Der Kampf um Memel ging weiter, er erreichte nur eine neue Qualität.

6. Die Suche nach Ausgleich: Veränderungen in der litauischen Sicherheitskonzeption

Bis zum Jahresende 1930 betrieb Deutschland seine memelländische Politik wenigstens formal im Rahmen der bilateralen Beziehungen zu Litauen. Äußerlich wurden die Beziehungen durch keinen Schatten getrübt. Besonders dynamisch entwickelten sie sich zu Voldemaras' und Stresemanns Zeiten. Voldemaras' Außenpolitik, die von dem Grundsatz „Die Feinde unserer Feinde sind unsere Freunde“ bestimmt wurde, war stärker auf Deutschland als auf irgendeinen anderen Staat ausgerichtet. So ist es auch kein Zufall, daß sich eine der beiden litauischen außenpolitischen Konzeptionen mit Voldemaras' Namen verbindet (während die andere mit Lozoraitis identifiziert wird). Trotzdem fand auch in dieser Periode ein stiller Kampf um Memel statt. Neue Momente in der Auseinandersetzung deuteten sich im Herbst 1926 an, als Deutschland einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhielt. Seit Ende 1926 war Berlins Taktik einfach, aber effektiv. Man benutzte komplexe Fragen der Interpretation des Statuts, um bei allen möglichen internationalen Institutionen die Verletzung der Rechte der deutschen Minderheit im Memelgebiet anzuprangern. Diese Methode wurde zu einem wirksamen Mittel, den *Status quo* zu zerstören und die Position des litauischen Staates im Gebiet zu schwächen.

Bis zum Beginn des „Kalten Krieges“ bevorzugte Deutschland zwei politische Stoßrichtungen: eine zielte nach Kaunas, die andere nach Memel. Die beiden Positionen wurden durch das Handeln der deutschen Botschaft in Kaunas und des Generalkonsulats in Memel bestimmt. Die Botschaft, die um gute Kontakte zwischen Kaunas und Berlin bemüht war, spielte die Forderungen der Deutschen aus Memel herunter, während das Konsulat diese noch bestärkte. Immerhin waren die Beziehungen beider Staaten bis 1933, abgesehen von den Auseinandersetzungen in Genf und Den Haag, recht stabil. 1933 wandelte sich die Lage. Die Memelpolitik bekam absolute Priorität in den Gesprächen zwischen Berlin und Kaunas, die Qualität der Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland

wurde zweitrangig, der Konflikt permanent. Eine Analyse der Bedeutung des gesamten Memelkomplexes für die litauische Außenpolitik hat festzuhalten, daß dieser einen bedeutenden Einfluß auf die internationale Stellung Litauens hatte.

Der Faktor Memel wirkte sich auch auf die Zusammenarbeit der baltischen Staaten aus. Am Vorabend der Gründung der baltischen Entente 1933/34 wurde die Memelfrage in Riga und Tallinn häufig diskutiert, wobei es um die Möglichkeit ging, daß Lettland und Estland in einen möglichen litauischen Konflikt mit Deutschland hineingezogen werden könnten. Immerhin kamen die stellvertretenden Außenminister Lettlands und Estlands, Munters und Laretei, zu der übereinstimmenden Ansicht, daß eine deutsche Aktion in Memel auch ihren Ländern gefährlich werden könne. Darum wurde noch vor der Unterzeichnung des Vertrages mit Litauen festgelegt, daß die Memelfrage „in der Zusammenarbeit mit Litauen kein Hindernis darstellen kann“.⁵⁴ Die Haltung Lettlands und Estlands wurde auch in dem geheimen Protokoll des am 12. September 1934 unterzeichneten Konsultativvertrages festgehalten, in dem die Position der Staaten bezüglich des Artikels III des Abkommens⁵⁵ konkretisiert wurde und man übereinkam, daß nach allgemeiner Ansicht aller drei Staaten nur die Wilnafrage für ein spezifisches Problem gehalten werde.⁵⁶ Dennoch begannen sich Lettland und Estland aufgrund der komplizierten internationalen Situation in Europa allmählich von den Vereinbarungen zurückzuziehen. Die ersten Anzeichen, daß Lettland und Estland die Memelfrage als ausschließliches Problem der litauischen Außenpolitik ansahen, gab es bereits auf der baltischen Außenministerkonferenz 1935 in Kaunas. 1937 erklärte dann der estnische Botschafter in Litauen, Öpik, dem litauischen Außenminister Lozoraitis, daß „Estland in dieser Frage nicht bereit sei und auch keinerlei Veranlassung sehe, Litauen Ratschläge zu erteilen, da der Konsultativvertrag für spezifische Probleme keinerlei Zusammenarbeit vorgesehen habe“. Auf Lozoraitis' Entgegnung, eine

⁵⁴ 1934.05.07-08. V. Munters'o ir H. Laretei pasitarimų Rygoje užrašai (Niederschrift der Beratungen von V. Munters und H. Laretei in Riga vom 7.-8.5.1934). Eesti Riigiarhiiv (Estnisches Staatsarchiv) (ERA), F. 957, Ap. 5, B. 844, S. 149-152.

⁵⁵ Im Artikel III des Vertrages vom 12.9.1934 wurde festgelegt, daß „spezifische Probleme existieren, für die schwerlich eine gemeinsame Position festgeschrieben werden kann“, weswegen die im Artikel I dargelegten Verpflichtungen der Staaten (über die Abstimmung besonders wichtiger außenpolitischer Fragen sowie die gegenseitige diplomatische und politische Unterstützung) für diese Probleme nicht zutreffen.

⁵⁶ Procès-Verbal de la Conférence préparatoire entre la Lettonie, l'Estonie et la Lithuanie pour la conclusion d'un Traité de collaboration entre les trois Pays. La Conférence a eu lieu à Riga, le 29 aout 1934, au Ministère des Affaires Etrangères. LVA, F. 383, Ap. 18, B. 186, S. 45 f.

Aggression gegen Memel bedeute Krieg mit Deutschland und daß „Litauen bis zum Ende kämpfen werde“, bemerkte der estnische Botschafter kühl, daß sich in diesem Fall „kein einziger Staat auch nur rühren werde, um Litauen zu helfen“.⁵⁷

Das Memelproblem berührte auch die litauisch-polnischen Beziehungen. Bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten 1938 sah Warschau Memel immer als zusätzliches Druck- und Lockmittel. Die lettischen und estnischen Diplomaten hatten häufig eine Vermittlerrolle zu übernehmen. So informierte J. Munters Urbšys, Józef Beck habe, wie aus sicherer Quelle bekannt geworden sei, gesagt, daß er im Fall eines polnisch-litauischen Einverständnisses „selbst mit polnischen Panzern in Memel einrücken werde, und die Deutschen dann verstehen müßten, was das bedeute“.⁵⁸

Die Spannung, die seit Ende 1933 die deutsch-litauischen Beziehungen belastete, wirkte sich nicht nur auf die Verhältnisse Litauens zu seinen Nachbarstaaten aus, sondern beeinflusste ganz allgemein Litauens politische Orientierung. Aufgrund der wachsenden Aggressionsgefahr aus Deutschland setzte 1935 in der litauischen Außenpolitik ein Umbewertungsprozeß des „deutschen“ und des „polnischen“ Faktors ein. Die Smetona nahestehenden Berater begannen immer häufiger den Gedanken zu äußern, daß sich Litauen nun bezüglich eventueller Bündnispartner und potentieller Gegner bei einem Krieg zur Wahrung der Unabhängigkeit klar festlegen müßte. Allmählich begann die Meinung vorzuherrschen, daß man unabhängig von dem besetzten Wilna einen *modus vivendi* mit Polen finden müsse. In den 30er Jahren wurde der „polnische Faktor“ nicht mehr als Gefahr für die litauische Unabhängigkeit angesehen, obwohl das Ultimatum vom Frühjahr 1938 die Litauer zwang, ihre Interpretation der polnischen Intentionen zu überdenken.

Der „deutsche Faktor“ hingegen ließ weitere künftige Konfrontationen vermuten. Der Wechsel in den Planungen der litauischen Armee für den Ernstfall veranschaulicht den Prozeß sehr deutlich. Der Vertreter des lettischen Generalstabs, Oberst Hugo Rozenstein, empfahl anlässlich einer Visite in Kaunas 1933 General Petras Kubliūnas, die Gefahr deutscher Expansionspläne gegen beide Staaten zu erwägen und zu überlegen, welche Sicherheitsmaßnahmen Litauen und Lettland ergreifen könnten. Der Vorstoß wurde von dem litauischen General abgelehnt, da seiner Meinung

⁵⁷ 1937.11.23. O. Öpik'o pranešimas į Taliną (Bericht O. Öpiks nach Tallinn vom 23.11.1937). ERA, F. 957, Ap. 14, B. 439, S. 33 f.

⁵⁸ 1938.04.05. J. Urbšio Pro memoria (J. Urbšys' Pro memoria vom 5.4.1938). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2080, S. 51.

nach keine Gefahr aus Deutschland drohe.⁵⁹ 1934 dagegen beschäftigte die Heeresleitung schon die Frage, ob es möglich sei, Einheiten von der Demarkationslinie mit Polen abzuziehen, um sie an die Grenze nach Deutschland längs der Memel zu stellen.

Schritt für Schritt entwickelte sich in Litauen eine neue Sicherheitskonzeption, die maßgeblich von Außenminister Stasys Lozoraitis und General Stasys Raštikis bestimmt wurde, deren größte Opponenten Premierminister Juozas Tūbelis und Justizminister Stasys Šilingas waren. Am 18. April 1935 ließ Lozoraitis Präsident Smetona ein geheimes Memorandum zukommen, in dem er empfahl, folgende Prämissen zu unterstützen: „Memel haben wir, aber dem Gebiet droht große Gefahr; Wilna haben wir nicht und werden wir wohl auch in der nächsten Zeit nicht wiederbekommen. Die Notwendigkeit, Memel mit allen Mitteln zu verteidigen, verletzt natürlich keinesfalls unsere juristische Position hinsichtlich Wilnas. An zwei Fronten — Wilna und Memel — können wir nicht diplomatisch kämpfen, von einem militärischen Einsatz ganz zu schweigen, da wir, wie es der Präsident der Republik und andere verantwortliche Politiker wiederholt erklärt haben, nicht beabsichtigen, Wilna im Kampf zu nehmen.“

In dem Memorandum wurde konstatiert, daß sich die bisher von Litauen verfolgte Taktik in den Beziehungen zu Polen (Verweigerung der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen, Proteste etc.) nicht bewährt habe. Im Gegenteil habe die Wilnafrage in der internationalen Politik an Aktualität eingebüßt. Darum schlug Lozoraitis vor, den bis dahin aus der litauischen Politik verdrängten „polnischen Faktor“ wieder einzubeziehen und gegen Deutschland einzusetzen. Die einzige Forderung, die nach Meinung des litauischen Außenministers gegenüber Polen erhoben werden sollte, bestand in der Anerkennung, daß zwischen beiden Staaten territoriale Streitigkeiten existierten. Nach Meinung von Lozoraitis nütze diese Taktik nicht nur Litauen im Kampf um Memel, sondern gebe auch der Wilnaangelegenheit einen neuen Impuls. „In unserer Politik hat der Gedanke zu dominieren, daß uns aus Deutschland große Gefahr droht. Wir haben zur Abwehr alle nur erdenklichen politischen Kombinationen zu nutzen, darunter auch die mit Polen“, resümierte der Außenminister.⁶⁰ Das war eine prinzipiell andere Sicht der litauischen Außenpolitik und ihrer spezifischen Probleme. Damit begann eine neue Periode, was bedeu-

⁵⁹ 1935.05.01. Lietuvos pasiuntinybės Rygoje pranešimas į Kauną (Mitteilung der litauischen Botschaft in Riga nach Kaunas vom 1.5.1935). LVA, F. 929, Ap. 2, B. 1030, S. 24.

⁶⁰ Antanas Merkelis, Antanas Smetona. New York 1964, S. 485-489. Der Verfasser verfügt über eine Photokopie dieses Dokuments, dessen Original im Hoover Institution of Peace and War aufbewahrt wird.

tete, daß die bis dahin gültige außenpolitische Konzeption Voldemaras' (die Suche eines Ausgleichs mit Moskau und Berlin gegen Warschau) von der qualitativ andersartigen Konzeption Lozoraitis' abgelöst wurde, die mehr dem Zeitgeist entsprach. Leider gestatteten weder die kurzsichtige Politik Becks noch die Unentschlossenheit des litauischen Präsidenten und Premierministers Möglichkeiten zur konkreten Überprüfung des vorgeschlagenen Weges.

Auch in den Jahren 1936 und 1937 überhäufte Lozoraitis, stets von Raštikis aktiv unterstützt, den Präsidenten mit Vorschlägen zur Regelung der Beziehungen mit Polen. Die größte Stimulanz dieser Initiativen stellte die wachsende deutsche Gefahr für Memel und die litauische Unabhängigkeit dar. „Es ist sehr schwer vorstellbar, daß das erstarkte Deutschland den Litauern das Memelland läßt (...) Um die deutsche Gefahr zu eliminieren, (...) gibt es kein Mittel. Es gibt nur Mittel, sie in die fernere Zukunft zu verschieben, und diese bestehen darin, die militärische Kraft so weit wie möglich zu stärken und sich Staaten und deren Blöcken anzunähern, die daran interessiert sind, Deutschland in Schach zu halten (...)“, schrieb Raštikis im Mai 1937 in einem Rapport an den Minister für Landesverteidigung, Oberst Stasys Dirmantas.⁶¹ Da der Bericht eigentlich für Smetona bestimmt war, ermahnte Raštikis auch den Präsidenten, angesichts der deutschen Gefahr die Beziehungen zu Polen zu revidieren. Dennoch konnte sich Smetona nicht zu grundsätzlichen Entscheidungen durchringen, weswegen sich Litauen zur Zeit der schicksalhaften Ereignisse mit der Memelfrage in einer *splendid isolation* befand.

7. Wer ist bereit, für Memel zu sterben?

Zu Beginn des Frühjahrs 1938 durchlebte Litauen eine erste Erschütterung: das polnische Ultimatum. Fiebrig wurden verschiedene Varianten einer Ausweitung des Konfliktes mit Polen in Kaunas erwogen, während ein Bericht des litauischen Gesandten in Berlin, Jurgis Šaulys, vollkommen der Aufmerksamkeit entging, in dem er über ein Treffen mit Joachim von Ribbentrop am 18. März berichtete. Während des Gespräches hatte der Reichsaußenminister den Wunsch geäußert, daß Litauen nach der Lösung des Konfliktes mit Polen seine Unstimmigkeiten mit Deutschland bereinigen möge. Natürlich war der Zeitpunkt für eine derartige Erklärung nicht zufällig gewählt. So mußte die litauische Regierung während

⁶¹ LVA, F. 929, Ap. 3, B. 1136, S. 1-7.

ihrer Überlegungen zur Reaktion auf das polnische Ultimatum auch mit dem „deutschen Faktor“ für den Fall eines Krieges mit Polen rechnen. In Kaunas herrschte kein Zweifel, daß Berlin dem Lauf der Dinge gleichgültig folgen werde. Es blieb nur die Frage, wo die Wehrmacht stehenbliebe: an der Grenze des Memellandes, der Dubysa oder gar am Nevėžis? Die Gefahr eines deutschen Angriffs im „Rücken“ hatte großen Einfluß auf die Entscheidung der Regierung, die polnischen Forderungen anzunehmen.

Am 25. März 1938 wurde Šaulys ein Memorandum mit elf Punkten überreicht. Im Prinzip wurde in dem Dokument völlige Handlungsfreiheit für die Vorbereitung der Abtrennung des Memelgebietes von Litauen gefordert. Obwohl die litauische Souveränität noch nicht in Frage gestellt wurde, hatte die Regierung Grund genug, besorgt zu sein. Es war ein erstes Klopfen an die Tür von Memel. Am 11. April informierte Lozoraitis die litauischen Botschafter in Großbritannien und Frankreich und verpflichtete sie, den führenden ausländischen Politikern beider Staaten unter dem Siegel der Verschwiegenheit Kenntnis über den Inhalt des Memorandums zu geben und diese um „freundschaftlichen Rat“ zu bitten. Der Quai d’Orsay bewertete die Forderungen als „Annonce für weitere Feldzüge“. Der Direktor des politischen Départements, René Massigli, forderte die litauische Regierung auf, selbst die Initiative zu ergreifen, um die Beziehungen zu Deutschland in Ordnung zu bringen.⁶² Da die Engländer eine ähnliche Meinung vertraten, kam man zu dem Schluß, im Falle einer Krise von den Signatarstaaten der Memelkonvention keine ernsthafte Unterstützung erwarten zu dürfen.

In der entstandenen Situation wurde in Kaunas mit allen nur möglichen Mitteln ein Weg gesucht, eine Krise in der Hoffnung zu vermeiden, daß sich die internationale Situation mit der Zeit in eine für Litauen günstigere ändern werde. Deswegen bediente man sich einer recht risikvollen Taktik, die zum einen ein maximales Entgegenkommen bei der Interpretation des Memelstatuts vorsah, um eine wie auch immer geartete Erklärung der deutschen Regierung zu erreichen, daß es „keinen territorialen Anschlag von deutscher Seite auf Litauen“ gebe;⁶³ zum anderen, die Signatarstaaten über jede Forderung des Reiches und jeden Schritt der litauischen Regierung zu informieren.

⁶² 1938.04.23. P. Klimo pranešimas S. Lozoraičiui (Bericht von P. Klimas an S. Lozoraitis vom 23.4.1938). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2048, S. 312 f.

⁶³ 1938.06.14. URM generalinio sekretoriaus J. Urbšio aplinkraštis pasiuntinybei Berline (Rundschreiben des Generalsekretärs des Außenministeriums J. Urbšys an die Botschaft in Berlin vom 14.6.1938). Ebenda, S. 270.

Am 7. Mai benachrichtigte Šaulys das Auswärtige Amt, die litauische Regierung stehe den deutschen Wünschen positiv gegenüber, obwohl sie Zeit benötige, um die Lage im Memelland zu stabilisieren. Šaulys hob hervor, daß seine Regierung gezwungen sei, auch die Stimmung der litauischen Öffentlichkeit zu berücksichtigen. Anscheinend genügte diese Antwort Berlin vorläufig vollauf, denn am 21. Mai wurde dem Botschaftssekretär in Berlin, K. Karečka (der vorübergehend das Botschafteramt wahrnahm), mitgeteilt, das Reich erhebe nicht die Forderung, seine Wünsche sofort in die Tat umzusetzen. Wenn sie innerhalb eines halben Jahres verwirklicht würden, könnte über die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes gesprochen werden.⁶⁴ Gleichzeitig wurde der litauischen Regierung mitgeteilt, sie solle sich nicht um die Unterstützung der Signatarstaaten bemühen. Deutschland beabsichtigte mit der Verlagerung der Angelegenheit auf die bilaterale Ebene, den Signatarstaaten formell die Verantwortung für das Schicksal des Gebietes zu entziehen.

Am 24. Juni gab Ribbentrop bei einem Treffen mit Lozoraitis (der sich in der Nähe von Dresden erholte) zu, die Lage im Memelland habe sich gebessert.⁶⁵ Das sahen die Nationalsozialisten in Memel allerdings etwas anders. 1938 wurde ihre Bewegung im Memelland, die man vom anderen Memelufer aus offen unterstützte, unkontrollierbar. Die Zugeständnisse der litauischen Regierung (z.B. die Zulassung nationalsozialistischer Propaganda im Memelland) schwächten deren Ansehen und Stellung dort noch beträchtlich. Der deutsche Generalkonsul Reinhold von Saucken und andere Konsularangestellte begannen völlig offen an den lokalen Veranstaltungen der Nationalsozialisten teilzunehmen. So betraten von Saucken und sein Gefolge, geschmückt mit allen nationalsozialistischen Insignien, den memelländischen Landtag und grüßten in der Öffentlichkeit demonstrativ mit dem Hochreißen des rechten Arms.⁶⁶

Das Münchener Abkommen und die Übergabe des Sudetenlandes an das Reich waren ein neuerliches Klopfen an die Tür von Memel. Die Signatarstaaten der Memelkonvention waren *in corpore* Teilnehmer und Initiatoren des schändlichen Abkommens. So bestand in Kaunas, unbeschadet der

⁶⁴ 1938.05.23. K. Karečkos Pro memoria (K. Karečka Pro memoria vom 23.5.1938). Ebenda, S. 277 f.

⁶⁵ 1938.06.25. S. Lozoraičio pranešimas Ministrui Pirmininkui Vladui Mironui (Bericht von S. Lozoraitis an den Premierminister Vladas Mironas vom 25.6.1938). Ebenda, B. 1891, S. 22 u. 26 ff.

⁶⁶ 1938.06.27. Valstybes saugumo policijos Klaipėdos apygardos viršininko Kazlausko pranešimas Klaipėdos krašto gubernatoriui (Bericht des Leiters der Staatssicherheitspolizei Kreis Klaipėda, Kazlauskas an den Gouverneur des Memellandes). Ebenda, B. 2054, S. 35.

Erklärung Adolf Hitlers vom 26. September 1938, das Reich habe nach der Regelung der Sudetenfrage keinerlei territorialen Ansprüche an Europa mehr, kein Zweifel, daß der nächste Ort, an dem die Signatarstaaten gleichgültig die rote Fahne mit dem Hakenkreuz betrachten würden, Memel sein werde.

Im Oktober kam es zu einer neuen Entwicklung in den litauisch-deutschen Beziehungen. Berlin forderte, den Kriegszustand im Gebiet zu beenden, und der Berater im Auswärtigen Amt, Werner von Grundherr, erklärte Šaulys, Deutschland werde nun keine Rücksicht mehr darauf nehmen, daß es „formell nicht zu den Unterzeichnern der Memelkonvention“ gehöre.⁶⁷ Im Hinblick auf den sich verstärkenden Druck wurde Karečka angewiesen, am 20. Oktober dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, die litauische Regierung unternehme alle Anstrengungen, um jeglichen Uneinigkeiten bezüglich Memels auszuweichen, und bitte darum, die Bemühungen nicht zu komplizieren.⁶⁸

Am 1. November 1938 wurden Kriegszustand und Pressezensur im Memelland aufgehoben. Damit hörte gewissermaßen die Kontrolle der litauischen Regierung über das Gebiet auf. Die Aufhebung geschah am Vorabend der Wahlen zum Memelländischen Landtag! Die Memeler Nationalsozialisten dachten gar nicht daran, ihre Verbindungen zum Reich zu verbergen. Anfang Dezember begleitete der am 14. November zum Führer aller Memeldeutschen ernannte Ernst Neumann den Generalkonsul in Memel, von Saucken, nach Berlin. Das litauische Außenministerium erfuhr, daß Neumann an Beratungen im Auswärtigen Amt teilnahm, bei denen diskutiert wurde, wie man das Memelland am besten ans Reich anschließen könne. Aus Berlin zurückgekehrt, erklärte Neumann in einer öffentlichen Rede, „daß wir zwar noch litauische Bürger sind, aber innerlich keinerlei Bindungen mehr haben“, und verkündete den Kampf für „Freiheit und Recht“.⁶⁹

Seit November 1938 gelangten ständig Meldungen ins Außenministerium, die nichts Gutes verhießen. Der Militärattaché der Berliner Botschaft, Oberst Kazys Grinius, kam ins Außenministerium nach Kaunas und konstatierte, daß „Memels Stunde anscheinend geschlagen habe“. Seiner Meinung nach „würden die Deutschen im Fall von Widerstand nicht

⁶⁷ 1938.10.16. J. Šaulio Pro memoria (J. Šaulys' Pro memoria vom 16.10.1938). Ebenda, B. 2048, S. 22 f.

⁶⁸ 1938.10.20. J. Urbšio instrukcija K. Karečkai (Instruktion von J. Urbšys an K. Karečka vom 20.10.1938). Ebenda, S. 226.

⁶⁹ 1938.12.09. J. Urbšio telegrama Lietuvos pasiuntinybės užsienyje (Telegramm von J. Urbšys an die litauischen Botschaften im Ausland vom 9.12.1938). Ebenda, S. 89 f.

an der memelländischen Grenze haltmachen, sondern so schnell wie möglich weitermarschieren (...).“⁷⁰ Oberst Grinius pflichtete zudem Botschafter Šaulys bei, der die Lage am 14. November wie folgt beurteilte: „Man kann nicht anderer Meinung sein: die deutsche Politik beabsichtigt, das Memelland wiederzubekommen. Der Meinungsunterschied betrifft nur taktische Fragen: unter welchen Umständen und zu welcher Zeit.“⁷¹

Die litauische Regierung versuchte, die Absichten Deutschlands zu ergründen, doch alle Bemühungen blieben fruchtlos. Die Beamten des Auswärtigen Amtes ignorierten im November, d.h. am Vorabend der Wahlen zum Memelländischen Landtag, sämtliche Vorschläge litauischer Diplomaten zur Erörterung der Memelfrage. Mit dieser Taktik wollte Deutschland die litauische Regierung vor vollendete Tatsachen stellen, d.h. das Ergebnis der Landtagswahlen als Votum der Einwohner für den Anschluß ans Dritte Reich abwarten. Im Hinblick auf dieses Vorgehen war Kaunas gezwungen, über inoffizielle Kanäle zu handeln. Nach Angaben von General Raštikis wurde Oberst Grinius beauftragt, „in seinem Namen und auf seine Initiative“ in Militärkreisen die Pläne des Dritten Reiches zu sondieren und Sorge dafür zu tragen, daß sich „jemand aus der litauischen Regierung mit Hitler trifft“.⁷² Ein Zugang zu Hitler (über Erich Koch) wurde auch von Generalkonsul Leopoldas Dymša in Königsberg versucht. Darüber hinaus wurde der Journalist Valentinas Gustainis mit einer speziellen Mission nach Berlin geschickt. Gustainis, der mit solchen Aufträgen Erfahrung hatte, sollte „irgendwie herausfinden, womit das Reich im Memelland noch nicht zufrieden ist“. Er war beauftragt, den Deutschen mitzuteilen, daß Litauen bereit sei, die Interessen des Reiches so loyal wie nur möglich zu respektieren.⁷³

Doch auch diese Bemühungen waren umsonst. Das kompromißlose Verhalten Berlins weckte in Litauen zwar feindliche Gefühle, aber dennoch dominierte die Absicht, eine für beide Seiten annehmbare Interpretation des Memelstatuts zu finden, ohne auf die Souveränität im Memelland zu verzichten. Die Regierung informierte Berlin über ihren Ent-

⁷⁰ Stasys Raštikis, *Ivykiai. Ivykiai ir žmonės* (Ereignisse. Ereignisse und Menschen). T. 3, Chicago 1972, S. 377.

⁷¹ J. Šaulio pranešimas iš Berlyno URM generaliniam sekretoriui (Bericht von J. Šaulys aus Berlin an den Generalsekretär des Außenministeriums). LVA, F. 383, Ap. 7, B. 2048, S. 194.

⁷² 1938.11.28. S. Lozoraičio telegrama pasiuntinybei Berlyne (Telegramm von S. Lozoraitis an die Botschaft in Berlin vom 28.11.1938). Ebenda, S. 159.

⁷³ 1938.11.28. S. Lozoraičio telegrama pasiuntinybei Paryžiuje (Telegramm von S. Lozoraitis an die Botschaft in Paris vom 28.11.1938). Ebenda, S. 154 f.

schluß, sogar die deutsche Interpretation der juristischen Streitigkeiten anzuerkennen.⁷⁴

Es gab aber auch Empfehlungen, keine weiteren Kompromisse wegen Memel einzugehen und die Forderung nach dem Abzug der litauischen Sicherheitspolizei im Gebiet mit Forderungen nach Garantien für die territoriale Einheit Litauens zu beantworten.⁷⁵ So bildeten sich in Litauen zwei Ansichten über das Verhalten im Fall einer eventuellen Krise mit Deutschland heraus. Die Entschlossenheit zum Widerstand war in den oppositionellen Kreisen und unter einigen Militärs stärker ausgebildet.

Einer der Unterzeichner der litauischen Unabhängigkeit, der damalige Botschafter in Frankreich, Petras Klimas, empfahl sein eigenes Projekt zur Lösung des Memelproblems. In einem Bericht an Kaunas vom November 1938 schlug er der Regierung vor, allen Memelländern, die die litauische Souveränität nicht anerkennen wollten, ähnlich wie 1924/25 die Ausreise nach Deutschland zu gewähren oder sie gegen ostpreußische Litauer auszutauschen. Klimas empfahl, dem deutschen Gesandten Zechlin dies deutlich werden zu lassen oder, wenn das nicht ausreiche, öffentlich zu erklären, daß Litauen nicht beabsichtige, dem Beispiel der Tschechoslowakei zu folgen, und „bereit sei auch gegen ein vierfaches Deutschland zu kämpfen!“⁷⁶ Aber auch Klimas verlor seine kriegerische Attitude, nachdem die Ergebnisse der Landtagswahlen verkündet worden waren. Schon im Dezember hatte sich der Ton seiner Berichte stark verändert, und er begann zu fordern, die Politik hinsichtlich Memels zu revidieren und sich um den Hafenausbau in Šventoji zu kümmern.⁷⁷

Auch einige polnische Diplomaten rieten, hart zu bleiben. So erklärte der stellvertretende polnische Außenminister M. Arciszewski am 12. Dezember 1938 in Warschau dem vorläufigen Botschafter Antanas Trimakas: „Haltet Memel, solange es geht, und macht den Deutschen nicht zu große Zugeständnisse!“⁷⁸ Außer diesen Ermutigungen hatte Polen Litauen leider nichts Konkretes zu bieten.

Im Dezember 1938 informierte die litauische Regierung den lettischen und estnischen Vertreter über die Gefahr, die der litauischen Souveränität

⁷⁴ 1938.12.09. J. Urbšio telegrama Lietuvos pasiuntinybėms užsienyje (Telegramm von J. Urbšys an die Botschaften im Ausland vom 9.12.1938). Ebenda, S. 89 f.

⁷⁵ 1938.11.20. Dr. V. Kaupo pranešimas J. Urbšiui (Bericht von Dr. V. Kaupas an J. Urbšys vom 20.11.1938). Ebenda, S. 176 f.

⁷⁶ 1938.11.21. P. Klimo pranešimas S. Lozoraičiui iš Paryžiaus (Bericht von P. Klimas an S. Lozoraitis aus Paris vom 21.11.1938). Ebenda, S. 166 ff.

⁷⁷ 1938.12.02. P. Klimo pranešimas S. Lozoraičiui (Bericht von P. Klimas an S. Lozoraitis vom 2.12.1938). Ebenda, S. 130 f.

⁷⁸ 1938.12.15. Dr. A. Trimako pranešimas iš Varšuvos (Bericht von Dr. A. Trimakas aus Warschau vom 15.12.1938). Ebenda, S. 58 f.

in Memel drohte. Am 12. Dezember erklärte der stellvertretende estnische Außenminister Öpik dem litauischen Botschafter Bronius Dailidė ausdrücklich, daß nach Angaben „einer verantwortlichen Person in Berlin“ der Anschluß von Memel unausweichlich sei. Laut desselben Gewährsmannes sei das Reich an der litauischen Unabhängigkeit interessiert und werde sogar im Falle der Besetzung des Gebietes im Hafen von Memel völlige Freiheit walten lassen: „Deutschland (bemüht) sich derart um den Anschluß, daß so die Beziehungen zu Litauen nicht zerstört, sondern noch verbessert werden könnten (...)“ Es läßt sich unschwer vorstellen, wie erfreulich solch eine Perspektive den litauischen Diplomaten erschien. Darüber hinaus teilte Öpik Dailidė noch mit, der litauische Vorschlag, den Deutschen bezüglich der Statusinterpretation entgegenzukommen, sei abgelehnt und als nicht diskutierbar empfunden worden. Selters, der an dem Gespräch teilnahm, bezweifelte ganz allgemein, „ob es Litauen mit Memel besser ginge“. Er verglich die Stadt mit einem von Brand befallenen Bein, das besser amputiert werden müsse, um den restlichen Körper zu retten. Der estnische Außenminister gab zu verstehen, daß Litauen in der entstandenen Situation von keinem, auch nicht von den Signatarstaaten, Hilfe erwarten könne. Er setzte Dailidė „die Meinung aller Esten“ über die Memelfrage auseinander: Memel sei für Litauens Existenz gefährlich, behindere die ruhige und normale Entwicklung des litauischen Volkes und Staates und verschlinge zahlreiche Gelder. Zudem verstärke die Frage das Unsicherheitsgefühl Estlands und anderer Kleinstaaten und bedrohe auch deren Unabhängigkeit. Selters empfahl der litauischen Regierung nachdrücklich, das Problem mit Deutschland „endgültig zu regeln“.⁷⁹

Am nächsten Tag lud Selters, der augenscheinlich bezweifelte, daß seine Argumente in Kaunas zu Konsequenzen führen würden, den litauischen Botschafter erneut ein und erklärte ihm, ein hoher Vertreter des Auswärtigen Amtes wünsche, daß Estland „die Initiative ergreift und Wege und Möglichkeiten findet, um mit der litauischen Regierung zu sprechen, damit diese sich entscheidet, einen mutigen, klaren, endgültigen und staatlich klugen Schachzug zu tun“, d.h. selbst die Rückgabe Memels zu empfehlen. Wenn das geschehe, habe der erwähnte Vertreter gesagt, „werden wir Litauen goldene Brücken bauen!“ Selters erklärte, daß er zur Vermittlung bereit sei, wenn die litauische Regierung dies nur wünsche.⁸⁰ Dennoch hielt die Regierung Mitte Dezember 1938 eine estnische Vermittlung für unerwünscht.

⁷⁹ 1938.12.12 ir 1938.12.13. B. Dailidės pranešimai J. Urbšiuui (Berichte von B. Dailidė an J. Urbšys vom 12.12.1938 und 13.12.1938). Ebenda, S. 70 ff.

⁸⁰ Ebenda.

Lettland sah gleichfalls keine Perspektiven für die Erhaltung Memels. Ende 1938 erklärte Munters bei einem Aufenthalt in London dem Direktor der Zentralabteilung des Foreign Office, Walter Strang, daß in der jetzigen Situation „Litauen Libau benutzen muß und für die Zukunft den Hafen in Šventoji ausbauen soll“. Er war der Meinung, daß „die Litauer anstatt Memel zu benutzen und den Deutschen dafür Geld zu geben, diese Summen lieber dem befreundeten Lettland zukommen lassen sollten (...)“.⁸¹ So zweifelte der lettische Außenminister nicht am Schicksal Memels und interessierte sich mehr für die ökonomische Seite der Angelegenheit. Es war offensichtlich kein Zufall, daß in den Tagen der Memelkrise, als auch der litauischen Unabhängigkeit reale Gefahr drohte, der lettische Landwirtschaftsattaché Zolmanis in der litauischen Botschaft in London anrief und sich erkundigte, ob es nicht möglich sei, daß „wenn die Deutschen Litauen besetzen, Litauen seine Baconquote an Lettland weitergibt (...), da wir doch immerhin zu den eigenen Leuten zählen!“⁸² Diese „brüderlichen“ lettischen Anwendungen erregten viel Ärger in Kaunas, das beim lettischen Außenministerium wegen der Taktlosigkeit offiziellen Protest einlegte. Die bedeutungslose Episode illustriert die Vorkriegssolidarität der Balten vorzüglich.

Die Haltung der litauischen Regierung bezüglich Memels wurde nicht so sehr von Lettland und Estland beeinflusst, sondern von der Position Großbritanniens und der anderen Signatarstaaten. Aber auch von dieser Seite war kein Trost zu erwarten. Einige Zeit ging es um eine direkte Antwort auf die Frage: „Wie würde sich Großbritannien verhalten, wenn Litauen seine Souveränität im Memelland verteidigt?“ L. Collier erklärte am 7. Dezember 1938, daß „die Engländer Litauen nicht mit Waffen verteidigen können, sondern nur mit diplomatischen Schachzügen“.⁸³ Derartige Erklärungen ließen hoffen, daß die Krise vielleicht hinausgeschoben werden konnte, trotzdem warnte Bronius Kazys Balutis die litauische Regierung, daß „die Engländer ihre Finger nicht ins Feuer stecken werden“.⁸⁴

⁸¹ 1938.12.06. Lietuvos pasiuntinybės Londone patarėjo H. Rabinavičiaus pranešimas iš Londono (Bericht des litauischen Botschaftsrates H. Rabinavičius in London vom 6.12.1938). Ebenda, S. 119.

⁸² 1938.05.12. E. Turausko instrukcija l.e. Pasiuntinio Latvijoje p. K. Karečkai (Turauskas' Instruktion an den zeitweiligen Botschafter in Lettland, Herrn Karečka vom 12.5.1938). Ebenda, B. 2152, S. 22 f.

⁸³ 1938.12.29. H. Rabinavičiaus Pro memoria (H. Rabinavičius' Pro memoria vom 29.12.1938). Ebenda, B. 2048, S. 7.

⁸⁴ 1938.12.20 ir 1938.12.30. B.K. Balučio pranešimas į Kauną (Bericht von B.K. Balutis nach Kaunas vom 20.12.1938 und 30.12.1938). Ebenda, S. 7 u. 33.

In dieser unbestimmten Situation zeigte nur Moskau seine „Besorgnis“, und zwar nicht nur bezüglich Memels und Litauens, sondern hinsichtlich des Schicksals aller baltischen Staaten. Am 21. Dezember teilte der sowjetische Außenminister Litvinov dem litauischen Botschafter Jurgis Baltrušaitis mit, daß die Sowjetunion nicht passiver Beobachter der Ereignisse bleiben werde.⁸⁵ An welche Aktivitäten man dachte, erläuterte Litvinov allerdings nicht genauer. Was er vorhatte, stellte sich erst heraus, als die UdSSR am 28. März 1939 Lettland und Estland Noten überreichte.

So stand die Regierung vor der Alternative, entweder die Ereignisse laufen zu lassen oder dem Reich entgegenzukommen. Im ersten Fall existierte immerhin ein Fünkchen Hoffnung, daß Hitlers Erklärung, Deutschland habe nach der Sudetenfrage keinerlei territorialen Forderungen mehr an Europa, doch von Bedeutung sei. Im zweiten Fall konnte Litauen nach den Informationen von Selters auf eine größere Kompensation und wirtschaftliche Privilegien im Hafen von Memel hoffen.

Aus politischen und moralischen Gründen wählte die Regierung die erste Variante. Noch Ende 1938 wurde die Entscheidung angenommen. Am 31. Dezember informierte Urbšys den Generalkonsul in Königsberg, Dymša, über die Position der Regierung und erklärte, daß die litauischen Empfehlungen zur Statusinterpretation der Verbesserung der bilateralen Beziehungen und den Normen ihrer Unterhaltung entsprächen. Diese Empfehlungen, die sich auf das Prinzip des *Status quo* stützten, waren laut Urbšys „die äußerste Grenze, die Litauen als unabhängiger Staat beschreiten kann“. Würde man versuchen, „weiter zu gehen, (...) würde das als Anschlag auf die litauische Unabhängigkeit und deren territoriale Gesamtheit verstanden werden und in diesem Fall würde sich Litauen mit allen zur Verteidigung stehenden Mitteln zur Wehr setzen“.⁸⁶ Die Haltung der Regierung wurde auch der Presse mitgeteilt.

War Litauen wirklich zum Kampf bereit? Nach den öffentlichen Erklärungen von Smetona, Urbšys und Raštikis zu urteilen, unter gewissen Umständen ja. Das bestätigt auch das Vorgehen der litauischen Diplomaten in den Krisentagen des März 1939. Noch lange vor der eigentlichen Krise gaben die litauischen Vertreter in London und Paris deutlich zu verstehen, daß, wenn die Zeit käme, gegen die Aggression der Nazis Widerstand zu leisten, Litauen seine Souveränität in Memel mit der Waffe vertei-

⁸⁵ 1938.12.21. J. Baltrušaičio pranešimas J. Urbšiu (Bericht von Baltrušaitis an J. Urbšys vom 21.12.1938). Ebenda, B. 2115, S. 189 f.

⁸⁶ 1938.12.31. J. Urbšio telegrama Lietuvai gen. konsului Kionigsberge (Telegramm von J. Urbšys an den litauischen Generalkonsul in Königsberg vom 31.12.1938). Ebenda, Ap. 4, B. 2048, S. 3.

digen werde. Um die feste Entschlossenheit zum Kampf zu demonstrieren, wurden sogar Anfang März einige Panzereinheiten ins Memelland verlegt. Doch es fand sich keine Kraft in Europa, die Litauen im Kampf um das Memelland unterstützen wollte. Das allein gelassene Litauen hatte von vornherein keine Chance. Die moralische Kapitulation, für die die Signatarstaaten zum großen Teil die Verantwortung trugen, hatte schon vor der Reise Urbšys' nach Berlin stattgefunden.

Die Besetzung der Tschechoslowakei am 15. März 1939 war das letzte Klopfen an die Tür von Memel. Fünf Tage später, auf der Rückreise von Rom nach Kaunas, hielt sich der litauische Außenminister Urbšys in Berlin auf, da er schon vorher von der Regierung beauftragt worden war, die Beziehungen mit Deutschland zu klären. In Begleitung des Botschafters Škirpa kam Urbšys am 20. März ins Auswärtige Amt. Hier erwarteten die beiden litauischen Diplomaten einige Überraschungen. Als erstes wurde der Botschafter nicht in Ribbentrops Arbeitszimmer gelassen. Man bat ihn, bis zum Ende des Gesprächs vor der Tür zu warten. Die zweite Überraschung war noch merkwürdiger, ja sogar bedrohlich. Kaum hatte Urbšys das Arbeitszimmer betreten, schloß der Hausherr die Tür zu und steckte den Schlüssel in die Tasche.⁸⁷

Das Gespräch zwischen den beiden Ministern ist in der historischen Literatur detailliert beschrieben worden, weswegen die Aufmerksamkeit des Lesers nur darauf gelenkt sei, daß das Treffen so verlief, wie es traditionell zwischen einem Reichsvertreter und einem litauischen Vertreter zu sein pflegte, was bedeutet, daß von Ribbentrop einen langen Monolog hielt und Urbšys nicht einmal Luft holen ließ. Dem litauischen Außenminister blieb nur übrig, auf die Fragen kurz mit „ja“ oder „nein“ zu antworten. Dieses Mal beendete von Ribbentrop seinen Monolog mit der Kierkegaardschen Formel „entweder-oder“. Entweder gebe Litauen das Memelland an das Reich zurück, oder die Wehrmacht marschiere ein. „Die Lage im Memelland ist so, daß dort jede Minute deutsches Blut vergossen werden kann. Wenn dann die deutsche Wehrmacht nach Litauen einmarschiert, kann keiner vorher sagen, wo sie stehenbleibt (...)“, sagte der Reichsaußenminister.⁸⁸ Das war ein Ultimatum. Wie auch dem tschechoslowakischen Präsidenten Hacha wurde Urbšys eine direkte Telefonverbindung zu seiner Regierung angeboten. Doch im Gegensatz zu dem Kollegen in Prag ließ sich der litauische Außenminister nicht auf die Erpressung ein und verweigerte das Angebot mit der Begründung, daß er über

⁸⁷ Raštikis, *Ivykiai* (wie Anm. 70), S. 378.

⁸⁸ Urbšys, *Lietuva* (wie Anm. 8), S. 11.

keine Vollmacht für derartige Entscheidungen bezüglich Memels verfüge. Zum Schluß warnte der Reichsminister noch mit drohender Stimme, nicht bei den Signatarstaaten um Unterstützung nachzusuchen.

Noch vor der Abreise Urbšys' nach Kaunas fand in der litauischen Botschaft in Berlin eine erste Beratung statt, an der außer Urbšys und Škirpa noch der ehemalige Botschafter in der Tschechoslowakei, Edvardas Turauskas, und der Militärattaché in Deutschland, Oberst Grinius, teilnahmen. Alle verstanden den Ernst der Lage. Es herrschte kein Zweifel darüber, daß Deutschland im Fall einer litauischen Weigerung seine Waffendrohung realisieren werde. Andererseits konnte man angesichts des tschechoslowakischen Präzedenzfalles keinerlei Hoffnung auf die Hilfe der Signatarstaaten hegen. Immerhin wurde beschlossen, ungeachtet der Ribbentropschen Drohung die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vertraulich über den Inhalt des Ultimatus zu informieren, was unter größten Vorsichtsmaßnahmen geschah. Turauskas wurde nach Warschau geschickt, wo er sich mit den Botschaftern der Signatarstaaten der Memelkonvention treffen sollte, und Oberst Grinius bekam die Anweisung, die Engländer und Franzosen über deren Militärattachés in Berlin zu informieren. Mit dem gleichen Ziel wurde die Sekretärin der Botschaft, Gerutienė, auf diskrete Weise mit diplomatischer Post zu Klimas nach Paris geschickt. Turauskas übernahm eine besonders verantwortungsvolle Mission. Ohne die Vollmacht der Regierung (zu deren Einholung vermutlich die Zeit nicht ausreichte) handelte er so, wie es in der Sitzung am 20. März in der litauischen Botschaft in Berlin beschlossen worden war. Bei dem Treffen mit dem französischen Botschafter Leon Noël unterstrich Turauskas, daß er zwar nicht bevollmächtigt sei, im Namen der Regierung zu sprechen, und erklärte, daß er den Signatarmächten ein Zeichen gegeben habe, daß Litauen Memel verteidigen werde.⁸⁹ Noël versprach, die Erklärung nach Frankreich weiterzuleiten. Das war alles, was er tun konnte. Ähnlich endete auch die Begegnung mit dem englischen Botschafter. Šaulys versuchte noch, Beck zu treffen, wurde aber nicht vorgelassen. Oberst Grinius handelte analog, als er die Militärattachés von Großbritannien, Frankreich und Polen darüber informierte, daß die Entscheidung Litauens für oder gegen Widerstand von der Antwort ihrer Regierungen abhängt.⁹⁰

⁸⁹ Turauskas, *Lietuvos* (wie Anm. 8), S. 31; Leon Noël, *Agresja Niemiecka na Polsce* (Die deutsche Aggression in Polen). Warszawa 1968, S. 266.

⁹⁰ Raštikis, *Ivykiai* (wie Anm. 70), S. 379.

Auf die Sondierung der litauischen Diplomaten hinsichtlich Unterstützung und Ermutigung antworteten die Signatarstaaten „Non possumus“. Am 22. März 1939 bekundete Lord Halifax dem Vertreter der litauischen Regierung, Balutis, gegenüber sein Beileid und fügte hinzu, daß es nach seiner Meinung mit jedem nur erdenklichen Staat möglich gewesen wäre, die Angelegenheit zu regeln, nur nicht mit Deutschland.⁹¹

In diesen kritischen Tagen sondierte die Regierung auch die Haltung der Sowjetunion. Aus Vorsichtsgründen geschah das auf Umwegen. Der Premierminister Vladas Mironas bat den Leiter der Kanzlei des Ministerrates, Mykolas Žilinskas, „äußerst vorsichtig und rein persönlich“ über den sowjetischen Botschafter in Kaunas, Nikolaj Pozdniakov, Erkundigungen einzuziehen, ob die UdSSR Litauen für den Fall des Widerstandes gegen Deutschland militärische Unterstützung leisten werde. Nicht zufällig wurde Žilinskas ausgewählt. Mironas war über die recht freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Kanzleileiter und dem Botschafter sowie über deren gemeinsame Jagden informiert. Andererseits war die Angelegenheit eilig und vertraulich, ein persönlicher Kontakt versprach daher den größten Erfolg. Pozdniakov versprach Žilinskas, am nächsten Tag „etwas Prinzipielles mitzuteilen“. Zweifellos mußte er Rückfrage in Moskau halten. Am folgenden Tag besuchte der Gesandte das Anwesen von Žilinskas in Abromiškės und übergab ihm während eines Spazierganges durch den Park die Antwort Moskaus: „Jetzt gebt Memel zurück. Es kommt eine Zeit, da werden wir es euch zurückgeben und Königsberg noch hinzufügen (...)“⁹² Man kann Žilinskas zustimmen, daß die Antwort des sowjetischen Botschafters keinesfalls naiv war; sie bezeugte, daß die UdSSR zum Krieg rüstete und eigene Vorstellungen über ein Nachkriegseuropa hegte.

Während Urbšys seine Unterredung mit von Ribbentrop hatte, nahmen Wehrmachtseinheiten bereits ihre Ausgangsposition zum Angriff auf Litauen ein. In dieser Situation konnte schon keine Rede mehr davon sein, ob Litauen Memel zurückgeben wollte oder nicht. Die Stunde X schwebte wie ein Damoklesschwert über Litauen. In Kaunas verstand man sehr gut, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Deutschland nicht nur eine territoriale Einbuße, sondern auch den Verlust der Unabhängigkeit zur Folge haben konnte. Am 21. März wurde auf der Regierungssitzung beschlossen, das Ultimatum als unausweichlich und widerstandslos anzunehmen. Später schrieb Urbšys, daß die Regierung bei diesem Beschluß

⁹¹ Turauskas, Lietuvos (wie Anm. 8), S. 32.

⁹² Tiesa vom 14. Juni 1989.

„auch die große Unbeständigkeit der internationalen Lage im Blick gehabt habe, die gestattete, den Raub des Territoriums für zeitweilig anzusehen, da sich das Rad der Geschichte rasch dreht und das Hitlerreich an sein Ende geraten wird“.⁹³ Am gleichen Abend noch gab die litauische Nachrichtenagentur (ELTA) ein Kommuniqué heraus, das den Zwangscharakter der Überlassung des Memellandes und die Tatsache unterstrich, daß das Recht auf litauischer Seite sei. Als Zechlin davon erfuhr, zwang er die Regierung in der Nacht vom 21. zum 22. März, den Text zurückzuziehen.

Am 22. März reiste Urbšys mit einer Linienmaschine nach Berlin, um den Vertrag mit Deutschland zu unterzeichnen. Am gleichen Tag lief der Kreuzer „Deutschland“ mit Adolf Hitler an Bord, begleitet von einer ganzen Armada, aus und setzte Kurs in Richtung Memel. Bereits auf hoher See erhielt der „Führer“ ein Telegramm mit der Nachricht über Litauens Kapitulation. In Memel erwarteten den von der Seekrankheit arg mitgenommenen „Führer“ jubelnde Massen und ein großes Programm. Der Auftritt auf dem Theaterplatz glich dem Triumphzug eines römischen Feldherrn. Doch zur großen Enttäuschung der einheimischen Nationalsozialisten verbrachte Hitler nur wenige Stunden in der Stadt.

Währenddessen bereitete das Auswärtige Amt den Text für den Vertrag zwischen Deutschland und Litauen vor. Da die prinzipielle Frage schon geklärt war, bemühten sich die Deutschen, laut Urbšys, um den Anschein „normaler Verhandlungen“. Am 22. März um Mitternacht wurde der „Staatsvertrag zwischen der Republik Litauen und Deutschland über die Übergabe des Memellandes“ unterzeichnet. Der Vertrag bestand aus fünf kurzen Artikeln und einer Anlage zum Artikel 3. Außer der Übergabe des Memellandes enthielt er noch zwei wichtige Aspekte, nämlich die Verpflichtung Deutschlands, Litauen eine Freihandelszone im Hafen von Memel zu gewähren (Artikel 3 und Anlage), und eine Nichtangriffsklausel (Artikel 4). Dennoch waren diese Artikel ein schwacher Trost, da der Verlust, den Litauens Wirtschaft durch die Einbuße des Memellandes erlitt, kaum mit den Verlusten der Kriegszeit zu vergleichen ist.⁹⁴

Die Opposition (wie auch die Mehrzahl der Regierungsmitglieder) betrachtete den Vertrag vom 22. März „nicht als Rechtsakt, sondern als Unrechtsakt“. Premierminister Mironas wurde beschuldigt, die litauische

⁹³ Urbšys, *Lietuva* (wie Anm. 8), S. 13.

⁹⁴ Im Memelland, in dem nur 6% aller Einwohner Litauens lebten, wurden 27% der gesamten litauischen Industrieproduktion erzeugt, hier konzentrierte sich fast die gesamte Zellulose- und Baumwollindustrie. Über den Hafen von Klaipėda (in den 40 Mio. Litas investiert worden waren) wurden 80% des litauischen Außenhandels abgewickelt etc.

Verfassung verletzt und die Memelkonvention gebrochen zu haben.⁹⁵ Am 23. März wurde sein Kabinett zum Rücktritt gezwungen.

Leider erlitt Litauen nicht nur politische und wirtschaftliche Verluste. Zum zweiten Mal innerhalb eines kurzen Zeitraums befand sich Litauen am Rand des Abgrunds. Wie im Frühjahr 1938 stand nicht nur das Ansehen des Staates, sondern auch seine Existenz auf dem Spiel. Die Memelkrise drückte schwer auf die Stimmung der Bevölkerung. Hatte man zur Zeit des polnischen Ultimatums in der Gesellschaft und beim Militär feste Entschlossenheit zur Verteidigung der litauischen Unabhängigkeit spüren können, war diese in den Märztagen 1939 und vor allem danach gewichen. Die litauische Gesellschaft durchlebte einen Schock, von dem sie sich bis zur sowjetischen Okkupation nicht erholte.

Bald stellte sich auch heraus, daß der Vertrag vom 22. März 1939 nicht mehr als ein Stück Papier war, da Deutschland ohne Rücksicht auf Artikel 4 Litauen dem sowjetischen „Schutz“ übergab: der Okkupation und Annexion im Sommer 1940.

⁹⁵ Im März 1939 galt die 1938 angenommene Konstitution, die zur Zeit der Vertragsunterzeichnung mit Deutschland weder außer Kraft gesetzt noch modifiziert worden war. Nach den Festlegungen dieser Konstitution war die Abtrennung des Memellandes vom litauischen Staat unmöglich. Kein kompetentes Organ konnte dieses Gebiet ohne Verfassungsänderung abtrennen. Da es jedoch geschehen war, wurde Mironas des Verfassungsbruchs beschuldigt. Genauso scharf wurde er wegen der Verletzung des Memelstatuts kritisiert, da es dort im Artikel 15 heißt, daß „die souveränen Rechte des Memellandes oder deren Ausübung nicht ohne Zustimmung der Signatarstaaten übergeben werden dürfen“ etc.